

HEIMAT-ZEITUNG

BUDENHEIM

mit öffentlichen und amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde Budenheim

73. Jahrgang / Nr. 8

Donnerstag, 25. Februar 2021

Die Budenheimer Schnorrer sammeln weiter Engagierte Damen haben 6.504,77 Euro auf dem Wochenmarkt gesammelt

KORFMANN GARTENBAU
Pflege & Anlage seit 1992



Jasmin
winterblühend

www.korfmann-gartenbau.de
Telefon: 06139 - 6092



Die Schnorrerfrauen freuen sich gemeinsam mit Bernhard Kurz von der Budenheimer Volksbank über ihr stolzes Sammelergebnis. (Fotos: Schnorrer Budenheim)

Sie haben die
Heimat-Zeitung
einmal nicht im
Briefkasten?

Hier liegt Sie aus:

Pankrätius Bäckerei
Hauptstraße 6

Bäckerei Berg
Luisenstraße 12

Lotto am Eck
Heidesheimer Str. 74

Schreibwaren Lang
Bergstraße 17

Esso Station
Binger Straße 74

Budenheim. – Am Altweiberdonnerstag waren die als Clowns kostümierten Schnorrerfrauen auf dem Budenheimer Wochenmarkt. Bei strahlend blauem Himmel und Sonnenschein bauten sie ihren Stand am Eingang des Marktes auf. Die elf Schnorrerinnen waren vierfarbbunt verkleidet und warteten bewaffnet mit Spendengießkannen und Spendenboxen auf die Marktbesucher. Es herrschte eine frohe Stimmung und die Besucher freuten sich über die närrische Truppe und Begrüßung unter Coronabedingungen. Einige Marktbesucher kamen sogar kostümiert, mit Musik und dadurch herrschte eine fastnachtliche Stimmung auf dem Platz. Und auch über einen kurzen Besuch von Bürgermeister Stephan Hinz

konnten sich die Schnorrerfrauen freuen, der natürlich auch seinen Obolus in die Spendenkasse fallen ließ.

Sogar eine Gruppe vom Kindergarten Budenzauber und ihre Erzieherinnen kamen vorbei, um die Schnorrer zu besuchen und mit einem dreifach donnernden Helau zu grüßen. Als Dankeschön bekamen sie für ihren Besuch Konfettidosen und Handklappern.

Die Schnorrerfrauen sind überwältigt von der tollen Resonanz und den vielen großzügigen Spenden, denn es kamen insgesamt 6.504,77 Euro zusammen. Diese tolle Summe wird in den nächsten Wochen an die Budenheimer Kindergärten, das

Fortsetzung auf Seite 2

DÖRR
spenglerei - bedachungen

www.spenglerei-doerr.de

steinweg 20
55257 budenheim
t 06139 . 9625025
f 06139 . 9625026
info@spenglerei-doerr.de

Fortsetzung von Seite 1

Mühlrad, die Blubox und für besondere soziale Zwecke an Sebastian Schlitz (Fachdienst für Gemeinwesenarbeit) verteilt. Dankbar sind die Schnorrerinnen vor allem der Budenheimer Volksbank für die tolle Unterstützung ihrer Aktion, wie z.B. das Einrichten des Spendenkontos, Aufstellen

der Spendenbox und tatkräftige Unterstützung am Altweiberdonnerstag.

Das Spendenkonto „Die Schnorrer 2021“ bleibt dauerhaft bei der Budenheimer Volksbank geöffnet (IBAN: DE48 5506 1303 0000 0223 22) und die Schnorrerinnen versichern, dass die eingehenden Spenden weiterhin für Budenheimer Kinder gesammelt werden.



Neue Angebote zur Gesundheitsförderung

Kreis. – Die Gesundheitskurse im Landkreis gehen in die nächste Runde. Diese richten sich an erwerbslose Menschen mit dem Ziel, den Zugang zu gesundheitsfördernden Angeboten zu erleichtern. Im Zentrum stehen dabei die Themen Stressbewältigung, Bewegung und gesunde Ernährung. Die Kurse werden im Zusammenhang mit dem bundesweiten „Modellprojekt zur Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung“ angeboten und sind für die Monate März und April angesetzt. Ob Rückenschule, vegetarische

Ernährungsveranstaltungen mit gemeinsamem Kochen, Tipps für ein besseres Zeitmanagement oder Gedächtnistraining: Alle Kurse sind freiwillig und kostenfrei. In der Regel ist keine Voranmeldung notwendig. In diesem Jahr sind die Angebote online zugänglich – denn auch zuhause kann etwas für die eigene Gesundheit und das Wohlbefinden getan werden. Das Projekt läuft bereits 2018. Beteiligte sind das Jobcenter des Landkreises Mainz-Bingen, die Agentur für Arbeit und die gesetzlichen Krankenkassen (GKV), vertreten durch die Koordinierungsstelle gesundheitliche Chancengleichheit (KGC) in Trägerschaft

der Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG).

Das Programm ist auf der Homepage des Landkreises www.mainz-bingen.de unter dem Reiter „Jobcenter“ einzusehen. Weitere Informationen zur Gesundheitsförderung und zum Projekt in Rheinland-Pfalz gibt es auch unter www.lzg-rlp.de.

Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe

Kreis. – Vom 1. März bis zum 31. Oktober gelten auf den Wertstoffhöfen und Grünschnittsammelplätzen im Landkreis Mainz-Bingen wieder die Sommeröffnungszeiten: Dann sind die Plätze freitags von 12 bis 18 Uhr und samstags von 9 bis 18 Uhr geöffnet. Zusätzlich sind die Wertstoffhöfe in Bingen-Büdesheim, Bodenheim, Guntersblum, Heidesheim, Ingelheim, Nieder-Olm, Oppenheim, Sprendlingen und Undenheim sowie die Grünschnittsammelplätze in Bingen-Kempton und Welgesheim mittwochs von 12 bis 18 Uhr offen.

Die Öffnungszeiten und Adressen der Wertstoffhöfe und Grünschnittsammelplätze sind im Abfallkalender 2021 (Seite 7) abgedruckt oder können im Internet unter www.awb-mainz-bingen.de nachgelesen werden. Weitere Informationen gibt es bei der Abfallberatung unter Telefon 06132/7877080.

Impressum Heimat-Zeitung Budenheim

Kostenloses Mitteilungsblatt an alle Haushalte mit öffentlichen Bekanntmachungen der Gemeinde Budenheim. Bei Nichterhalten auch erhältlich bei: Schreibwaren Lang, Lotto am Eck, Pankratius Bäckerei, Esso Station und Bäcker Berg.

Herausgeber und Verleger
Hubert Lotz

Geschäftsführung
Sabrina Thomas

Anzeigen
Achim Laqua
Telefon: 06721/6812617
Mobil: 0160/5003498
Fax: 06721/32577

E-Mail: laqua@rheingau-echo.de oder im Verlag.

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2013

Redaktions- und Anzeigenannahmeschluss
dienstags 16.00Uhr.

Erscheinungsweise
wöchentlich donnerstags.

Druck
VRM Druck GmbH & Co. KG Rüsselsheim

Verlag und Vertrieb

Rheingau Echo
Die besten Seiten unserer Region
Verlag GmbH

Rheingau Echo Verlag GmbH
Industriestraße 22, 65366 Geisenheim
Telefon: 06722/9966-0, Fax: 9966-99
heimatzeitung@rheingau-echo.de
www.rheingau-echo.de

Allgemeines

Die als Kommentar oder Leserbrief gekennzeichneten Artikel sind Meinungsäußerungen der Autoren und spiegeln nicht automatisch die Meinung des Verlages wider. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Datenträger, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Alle Rechte der Veröffentlichung sind vorbehalten. Reproduktionen, Nachdruck, Fotokopien, Mikrofilm oder Erfassung in Datenverarbeitungsanlagen bedürfen der Genehmigung des Verlages. Für nicht erschienene Anzeigen, aus welchen Gründen auch immer, leistet der Verlag keinen Erstaz.



CDU

#BARTH21

Thomas Barth

Ihr Landtagsabgeordneter
für den Wahlkreis 31 / Ingelheim

Am 14. März wird ein neuer Landtag gewählt. Demokratie lebt von Mitbestimmung! Deshalb meine Bitte: Wählen Sie!

Mit Ihrer Erststimme für mich tragen Sie dazu bei, dass Sie mit mir weiterhin einen verlässlichen Ansprechpartner für unsere Heimat Rheinhessen haben.




**Mit Abstand am besten:
Zuhause briefwählen!**

So eins zwei drei einfach können Sie wählen:

1 Wahlschein beantragen:

Formloser Antrag bei Ihrer Gemeinde, zum Beispiel via E-Mail oder die im Februar 2021 zugesendete Rückseite der Wahlbenachrichtigung nutzen.

2 Wahlzettel ausfüllen:

Mit der Erststimme wählen Sie Ihren Direktkandidaten Thomas Barth, mit der Zweitstimme wählen Sie die CDU und unseren Spitzenkandidaten Christian Baldauf.

3 Wahlunterlagen abgeben:

Ausgefüllte Unterlagen per Post an Ihre Gemeinde schicken oder dort abgeben/einwerfen.





Unser Spitzenkandidat

Christian Baldauf

Er steht für:

- Straßenausbaubeiträge abschaffen
- 365-Euro-Ticket für den ÖPNV
- einen Neuanfang in RLP

Mehr Infos erhalten Sie unter www.christianbaldauf.de



FFP2-Masken für Pendler

Morgengruß des Landtagsabgeordneten Thomas Barth

Budenheim. – Einen besonderen Morgengruß gab es am vergangenen Donnerstag durch den CDU-Landtagsabgeordneten Thomas Barth. Mit den ersten in Budenheim abfahrenden bzw. ankommenden Zügen stand der Wahlkreisabgeordnete am Bahnsteig und hatte für die Pendlerinnen und Pendler ein coronakonformes Präsent dabei: Jeweils zwei FFP2-Masken.

„Eine kleine Geste in schwierigen Zeiten für diejenigen, die den Laden am Laufen halten“, betont Barth. Es seien die, die auch in der Krise frühmorgens die Brötchen in die Auslage legen, die die Regale auffüllen, die für Sicherheit sorgen und viele weitere. Alle eine sie: „Sie müssen für uns als Gesellschaft präsent an ihrem Arbeitsplatz sein und setzen sich einem Risiko aus. Für uns alle“, führt der Christdemokrat aus.

Von sei es der Budenheimer CDU um ihren Vorsitzenden Tim Froschmeier auch wichtig gewesen, gemeinsam mit Barth den „Budenheimer Leistungsträgern“

ein Stück „Sicherheit“ zurückzugeben. Symbolisch.

„Leider fallen diese Menschen oftmals nicht auf. So sind sie auf dem Weg zur Arbeit, während unser Tag noch nicht begonnen hat. Sind auf dem Heimweg, wenn wir in unserer ersten Besprechung

sitzen“, erklärt Froschmeier. Zu selten werde dieser elementaren Gruppe gedacht.

Genau das hätten die CDU-Mitglieder ändern wollen. „Es war uns wichtig, ein kleines Dankeschön an diejenigen zu richten, die sich jeden Morgen der Anste-

ckungsgefahr durch ihre Präsenz arbeitszeit aussetzen. Zeitgleich wollten wir mit den FFP2 Masken dazu beitragen, dass sie auch weiterhin geschützt zur Arbeit und wieder zurück kommen“, so Froschmeier weiter.

Auch Thomas Barth war trotz der frühen Stunde direkt „am Start“, wie er sagte. Es sei der Eindruck geblieben: Das Dankeschön ist angekommen.



Thomas Barth verteilt eine FFP2 Maske. (Foto: CDU Budenheim)



Diabetes ist kein Zuckerschlecken!

Helfen Sie uns im Kampf gegen Diabetes.



www.diabetesstiftung.de

Leserbriefe



Leserbriefe geben stets die Meinung des Einsenders wieder, die nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen muss.

Kleiner Vorgeschmack auf Kommendes

Martin May berichtet von einer erfolgten Zwischenlagerung von Erdreich auf dem Dyckerhoff-Gelände und den damit verbundenen Belästigungen der Anwohner.

Im Auftrag der Firma Gemünden wurde von einem Baggerunternehmen im Januar in Budenheim eine Baugrube ausgehoben, und weil es so einfach war, ließ man den Erdaushub auf dem Dyckerhoff-Gelände in Budenheim abkippen. Doch schon nach wenigen Tagen wurde der Erdaushub von mehreren hundert Kubikmetern wieder verladen und abtransportiert. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht macht das überhaupt keinen Sinn, da sich hierbei die Transportkosten wesentlich verteuern. Jetzt frage ich mich natürlich, warum das ganze so verlief?

Dachte Gemünden, er könne auf dem Dyckerhoff-Gelände schalten und walten wie es ihm beliebt, zumal der Erdaushub von der Baustelle eines ehemaligen Bürgermeister war?

Lag für das Zwischenlagern des Erdreichs auf dem Dyckerhoff-Gelände eine behördliche Genehmigung vor (ab 80 Kubikmetern bedarf es einer Genehmigung)? Hätte eine behördliche Genehmigung vorgelegen, würde das Erdreich heute noch auf dem Dyckerhoff-Gelände lagern.

Oder war das ganze nur ein Versehen?

Sollte die wahnsinnige Aufbereitungsanlage für verseuchtes Erdreich gebaut werden, stelle ich mir natürlich die Frage: Kann es im Tagesbetrieb der Anlage auch zu gewissen „Versehen“ kommen, wird jede LKW-Ladung mit verseuchtem Erdreich entsprechend untersucht und deklariert? Wer gibt uns Budenheimern die Garantie, daß beim Betrieb dieser Anlage alles mit rechten Dingen zugeht?

Als das Erdreich vom Dyckerhoff-Gelände wieder abtransportiert wurde, bekamen die Anwohner schon einen kleinen Vorgeschmack auf das, was auf sie zukommen wird, sollte die Anlage gebaut werden. Selbst durch geschlossene Fenster drang der Lärm der schweren LKW und des Radladers ins Innere ihrer Häuser. Besonderen Lärm verursachten die LKW und der Radlader beim Rückwärts fahren (sehr unangenehmes Piepen).

Geht es allerdings nach den vollmundigen Versprechungen des Investors, wird es von der Aufbereitungsanlage überhaupt „keine“ Lärm- Feinstaub- und CO₂-Emissionen geben, da ja die Anlage eingehaust ist. Doch kennt der Investor überhaupt seine ei-

genen Pläne richtig, denn es gibt ja noch eine Freifläche und eine offene Halle? Da wird mit Sicherheit auch ein reger Verkehr von LKW und Radladern stattfinden. Halt, jetzt fällt mir ein, der Investor lässt ja noch einen Erdwall errichten und dieser wird dann „alle“ Emissionen absorbieren.

Schaue ich mir den neuesten Werbefilm des Investors an, fällt mir sofort auf, dass der Investor von 50 KFZ täglich spricht. Das sind mit Rückfahrt 100 KFZ-Fahrten. Das Wort LKW wird im neuesten Werbefilm überhaupt nicht erwähnt, da sich KFZ harmloser anhört (clever), denkt der Investor. Wenn man sich weiterhin den Werbefilm anschaut, bekommt man den Eindruck, Budenheim stünde kurz vorm Untergang, denn Gemünden behauptet, dass angeblich 95 Prozent des Dyckerhoff-Geländes kontaminiert seien, ohne die entsprechenden Fakten zu liefern.

In vielen Gesprächen mit alteingesessenen Budenheimer Bürgern, aber auch vom eigenen Wissensstand her, weiß ich ganz genau, dass das Dyckerhoff-Gelände bei weitem nicht so belastet ist, wie es uns Herr Gemünden weis machen will. Doch ständiges heraufbeschwören von Schreckensszenarien seitens des Investors über

das Dyckerhoff-Gelände könnten große Teile des Gemeinderates und den Bürgermeister voll überzeugen, dass es für Budenheim nur einen Retter geben könne, nämlich Gemünden.

Abschließend möchte ich dem Bürgermeister und den Gemeinderäten von der CDU und der SPD die Frage stellen, wofür das C in der CDU steht und das S bei der SPD. Ist es christlich und sozial, dass man in Budenheim Menschen eine Industrieanlage, z.T. keine 50 m vor deren Häusern bauen läßt, oder ist es christlich und sozial, neue Häuser direkt neben einer Industrieanlage errichten zu lassen. Wohlwissend, dass die späteren Bewohner mit Sicherheit vielfältigen Emissionen ausgesetzt sein werden. Den Budenheimer Kommunalpolitikern von CDU und SPD empfehle ich, seien sie konsequent und ehrlich, streichen sie das C bei der CDU und das S bei der SPD, dann werden Sie ihrer Einstellung gerecht. Denn das große Geschäft vom Investor und seinen Partnern scheint bei ihnen wichtiger zu sein als die Menschen, die jetzt schon am Dyckerhoff-Gebiet leben, als auch die Menschen, die dann neben die Industrieanlage neu hinzuziehen sollen. Das ganze erinnert mich an frühkapitalistische, menschenverachtende Ausbeuterzeiten.

Hirschacker-Chemie in Budenheim

Unsere Leser Anke und Thomas Meder schildern, wie problematischer Chemiemüll aus Baden-Württemberg nach Budenheim gekommen ist.

Die Hirschacker-Grube bei Grenzach-Wyhlen, Baden-Württemberg (B-W) war ca. 1955–1965 eine Ablagehalde der Basler Chemie: Geschätzt 100.000 Tonnen Chemiemüll, Experten gehen von 4.000–5.000 Substanzen aus, darunter viele Schadstoffe. 2008 beginnt Roche eine „Teilsanierung“, Greenpeace.ch ist durch den Altlastenexperten Dr. M. Forter im Expertengremium vertreten.

Entgegen der Empfehlung von drei Gutachten prüft Roche bei

Voruntersuchungen mittels Bohrungen weitgehend nur auf 11–14 leicht flüchtige Kohlenwasserstoffe (LHKW) und analysiert im Anschluss i.d.R. nur auf LHKW und 51 Einzelsubstanzen. Experten kritisieren, dass die große Palette der giftigen Substanzen gar nicht erfasst ist. Darunter Hexachlorethan (im Verdacht Krebs zu verursachen), ein wesentlicher Schadstoff im Hirschacker! Darunter Dioxin, in 4 Proben getestet und gefunden, sowie in nur einer Rückstellprobe des Transports nach Berg auf Dioxin analysiert, mit dem Ergebnis 2.680 ng Dioxin / kg. Man verzichtet weiter auf umfassende Analytik!

Entgegen der Vorgabe in B-W zur

Haufwerksbeprobung werden 17.000 Tonnen Material 09.-12.2008 mittels der ungeeigneten Baggerschurfmethode beprobt, die nur 4 % des inhomogenen Materials erfasst, für 96 % ist die Zusammensetzung offen! Greenpeace.ch stellt durch Vergleichsanalysen der beiden Methoden fest, dass 65 % falsch deklariert sind und 40 % in die Sondermüllverbrennung gehören. Jetzt ist aber schon ausgegraben, Verbrennung nicht möglich (das hatte man gar nicht geplant), das Regierungspräsidium Freiburg lehnt die Ablagerung ab, das Umweltministerium untersagt sie für ganz Baden-Württemberg! Ein Glück, – erinnert man sich da

– dass Rh-Pfalz schon früher Material angenommen hat!

September bis Dezember 2008 gehen 17.000 Tonnen nach Berg, Kapittal und Budenheim (DK II). Hier macht man die Oberflächenabdichtung und gestaltet die Konturen des künftigen Golfplatzes. Auch 2009 wird weiter nach Budenheim geliefert.

Medien in B-W berichten über „illegalen Transport nach Rh-Pfalz“. Der „Spiegel“ schreibt am 06.04.2009 über „Giftmüll ohne Grenzen“ und „Mülltourismus“. Greenpeace.ch fordert das Material in Rh-Pfalz wieder auszugraben, das Problem des Hirschacker sei nur verlagert und neue Problemdeponien geschaffen!

Auf Anfrage der Grünen Budenheim antwortet das Umweltdezernat, W. Reichel, CDU am 10.03.2009 ausführlich an Bürgermeister R. Becker, mit dem Fazit: Es ist korrekt geprüft und für DK II geeignet. Zusätzlich habe man vor Ort „Organoleptische Prüfungen“ durchgeführt. Aha, man hat also durch Sehen und Riechen festgestellt, welche Schadstoffe in welcher Konzentration vorliegen? Zur Greenpeace.ch-Kritik und warum B-W abgelehnt hat: keine Erklärung. Hat man das einfach so hingegenommen?

Den Deponie-Gestank hat man ertragen, aber wer wusste vom Hirschacker-Chemiemüll?

Haben Gemeinderat und Bürgermeister die Bürger informiert und in Mainz dagegen protestiert?

Oder hat man im Rathaus geschwiegen und das neue Wohngebiet direkt neben der Deponie auf den Weg gebracht? Die Deponie gehört zum 10 km entfernten Mainz, aber nur uns trifft es! Wir fordern eine vollständige Aufklärung!

BI verbreitet keine Lügen und Unwahrheiten

Herber Axt schreibt zu dem von Altbürgermeister Rainer Becker veröffentlichten Leserbrief vom 11. Februar.

Offenbar sieht sich Herr Becker in der Opferrolle. Es mag psychologisch geschickt sein sich als Leidtragender eines demokratische Prozesses zu sehen. Eine Maßnahme zur Rückgewinnung von > Vertrauen ist es nicht, zumal Herr Becker die Diskreditierung der BI sowie deren mittlerweile 1.400 Unterstützer betreibt. Die Mitglieder der BI verbreiten keine Lügen und Unwahrheiten.

Tatsache ist, dass das Gelände des Golfplatzes mit Abfällen aus der Chemie-Mülldeponie Hirschacker gestaltet wurde, deren große Schadstoffvielfalt nur unzureichend geprüft wurde.

Nach Meinung der Umweltorganisation Greenpeace ist völlig ungenügend oder falsch deklariertes Aushub nach Budenheim gebracht worden (s. „Unsachgemäße Giftmüllentsorgung aufgrund Fehldeklarationen bei Roche-Chemie-

mülldeponie“, Medienmitteilung Greenpeace, Schweiz, 23. März 2009).

Selbstverständlich waren für Herrn Becker als amtierender Bürgermeister und das Mainzer Umweltdezernat damals klar, dass die 17.000 Tonnen Aushub (die insgesamt nach Rheinland-Pfalz gebracht wurden) aus der Chemiemüllhalde Hirschacker unbedenklich sind. Das Material hätte nie auf die Budenheimer Deponie gebracht werden dürfen (siehe hierzu „Der Spiegel“ 15/2009).

Ein gravierendes Problem der Bodenaufbereitungsanlage liegt also auch in der Falschdeklaration des angelieferten Materials, für die die Entsorgungsbranche – wie das genannte Beispiel zeigt – äußerst anfällig ist.

Kein vernünftiger Mensch nimmt an, dass die An- und Ablieferungen der Bodenaufbereitungsanlage so kontrolliert werden kann, dass die Bestimmungen komplett eingehalten werden. Die Kette von Kontrollfehlern zeigt die Überforderung der

Behörden. Nicht mal medizinische Implantate kann das Land Rheinland-Pfalz – aufgrund fehlender Verfahren – vernünftig prüfen.

Dass die Bürger der Verwaltung nicht vertrauen, kommt Herrn Becker offenbar nicht in den Sinn.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass der kontaminierte Dyckerhof-Aushub in der geplanten Anlage lediglich „verdünnt“ wird, so dass sie die definierten Grenzwerte zur Verwendung in einem Wohngebiet erfüllt.

Der Begriff „Recycling“ ist damit irreführend und ein plattes Verkaufsargument. Genau genommen müsste das kontaminierte Erdreich durch strake Erhitzung beispielsweise von giftigen Kohlenwasserstoffen befreit werden. Dieser Prozess ist aber viel zu teuer – zudem darf in einigen Jahren der giftige Rest in keiner Deponie mehr gelagert werden. Also bleibt nur die massive Verdünnung dieser belasteten Erde, auf der dann Wohnungen und ein Kindergarten entstehen soll.

**Noch mehr in die Budenheimer Haushalte bringen!
Mit Sonderseiten in Ihrer Heimat-Zeitung Budenheim
Die preiswerten Seiten mit Aussagekraft!**

Notdienste & Soziale Einrichtungen



Ärztliche Bereitschaftsdienst

In Notsituationen, falls der Hausarzt oder andere behandelnde Ärzte nicht erreichbar sind:

Telefon: 116 117 (ohne Vorwahl, kostenfrei)

Nacht-, Sonntags- und Feiertagsdienste der Mainzer Krankenhäuser

Für die stationäre Aufnahme und die ambulante Notfallversorgung sind an allen Tagen dienstbereit:

Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Langenbeckstraße 1,

55131 Mainz,

Tel.: 06131/17-0,

www.klinik.uni-mainz.de

St. Vincenz und Elisabeth Hospital

An der Goldgrube 11,

55131 Mainz

Tel. 06131/575-0,

Fax: 06131/575-1117,

www.katholisches-klinikum-mz.de

Notarzt, Rettungsdienst, Krankentransporte

können über die Tel.-Nr. 06131/19222 angefordert werden.

Notdienst-Regelung der Mainzer Kinderärzte

mittwochs, an Wochenenden sowie an Feiertagen Dienstbereit sind:

Am Samstag, 27. Februar 2021:
Dr. Jakob, Am Rodenberg 10, Mainz (Berliner Siedlung), Telefon 06131/51161;

Am Sonntag, 28. Februar 2021:
Dr. Buchner, Kurt-Schumacher-Straße 41 b, Mainz-Gonsenheim, Telefon 06131/688434;

Am Mittwoch, 3. März 2021:

Drs. Koffler/Böckelmann/Theobald, Zollgasse 11, Mainz-Weisenau, Telefon 06131/81146.

Die Anschriften der Notdienst versehenen Kinderärzte können auch über den Anrufbeantworter des eigenen Kinderarztes beziehungsweise die der anderen praktizierenden Kinderärzte in Erfahrung gebracht werden.

Zahnärztlicher Notfalldienst

Zu erfragen über: Ärztliche Notfalldienstzentrale Ingelheim, Telefon 06132/19292. Der für dringende Fälle eingerichtete Wochenend-Notfalldienst beginnt am Samstag um 8 Uhr und endet am Montag um 8 Uhr. An Feiertagen wird analog verfahren. Die dienstbereiten Zahnärzte haben an diesen Tagen folgende feste Sprechstunden eingerichtet: 10

bis 11 Uhr und 16 bis 17 Uhr. Es wird gebeten, den Notfalldienst möglichst während dieser Sprechstunden unter Vorlage der Krankenversichertenkarte (KVK) in Anspruch zu nehmen.

Apotheken-Notdienst

Diensthabende Apotheken können tagesaktuell per Telefon erfragt werden.

In Budenheim sind die Ansagen über das Festnetz mit der Tel.-Nr. 01805-258825- + Postleitzahl, also 01805-258825-55257, abzufragen. Bei der Nachfrage über das Mobilfunknetz muss die Nummer 180-5-258825-55257 verwendet werden.

Giftnotruf Mainz

Telefon 06131/19240

(Angaben ohne Gewähr)

Lennebergwald: „Der Absterbeprozess ist im vollen Gang“

Revierförster Dorschel erwartet durch A643-Ausbau katastrophale Folgen für den Lennebergwald

Budenheim. – Der Lennebergwald zählt deutschlandweit zu den Wäldern, die vom Klimawandel am heftigsten betroffen sind. Denn er steht nicht nur auf einem Boden, der Wasser kaum speichern kann, sondern er liegt auch noch in einer der heißesten und niederschlagärmsten Regionen Deutschlands. Doch nicht nur die vergangenen drei Dürresommer haben ihm schwer zugesetzt: Nun

den mit 700 Hektar Fläche auch eher kleinen Lennebergwald. Ist Rheinhessen chronisch unterwaldet?

Stefan Dorschel: Ja, das kann man so sagen. Der Waldanteil in Rheinhessen liegt bei unter fünf Prozent. Zum Vergleich: In ganz Deutschland ist rund ein Drittel der Flächen bewaldet. Und in Rheinland-Pfalz, sind es – obwohl Rheinhessen ein Teil davon ist –

insgesamt war der Waldanteil sehr viel höher als heute. Wahrscheinlich gab es damals vor allem lichte Eichenwälder auf dem Gebiet des heutigen Rheinhessens.

Heimat-Zeitung: Kommt dem Lennebergwald als einem der letzten verbliebenen Wälder Rheinhessens eine besondere Bedeutung zu?

Stefan Dorschel: Ja, der Lennebergwald ist das wichtigste Naherholungsgebiet im Raum Mainz, der größten Stadt in Rheinland-Pfalz. Zudem ist es ein Naturschutzgebiet mit einem über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinausgehenden einmaligen Waldökosystem.

Heimat-Zeitung: Was macht das Waldökosystem zu etwas Besonderem?

Stefan Dorschel: Es beinhaltet ein Mosaik aus Kiefernwäldern der sarmatischen Steppe mit Floren-Elementen aus südosteuropäischen Steppengebieten und dem Mittelmeerraum, Eichen-Trockenwäldern, Sandtrockenrasen und Gebüsch auf Kalkflugsanddünen, aber auch Kiefernforsten, Buchenwäldern auf Kalkstein und sogar einen kleinen Erlebruchwald. Auch die Steppenlandschaft „Mainzer Sand“ ist wie der Lennebergwald Teil des Kalkflugsandgebiets zwischen Mainz und Ingelheim. Zwar unterscheidet sich die Vegetation in einigen Bereichen, doch die Böden sind identisch.

Heimat-Zeitung: Der „Sand-Lotwurz“ ist mir bis heute als in ganz Europa extrem seltene Pflanze, die im Mainzer Sand heimisch ist, aus dem Sachunterricht der Grundschulzeit in Erinnerung geblieben. Wie kommt es, dass im Lennebergwald Wald steht und direkt daneben im Mainzer Sand eine afrikanisch anmutende Steppenlandschaft charakteristisch ist?

Stefan Dorschel: Bis auf einen kleinen, übrig gebliebenen Kiefernwald wurde die restliche Fläche des Mainzer Sandes schon sehr früh militärisch genutzt. Soldaten und ihre Pferde haben verhindert, dass die Flächen zu wachsen. Ähnliches gab es im Lennebergwald im Mittelalter in Form von Beweidung: Damals gehörten Teile dem Kloster Eber-

bach, und die Kapellen im Wald wurden zum Dank für das Ende von Viehseuchen errichtet. Das Vieh wurde regelmäßig im Wald geweidet und hat ihn dadurch offengehalten. Vor 200 Jahren lagen verschiedene deutsche Truppen im Lennebergwald, um das damals von französischen Revolutionsstruppen besetzte Mainz zu belagern. Auch diese haben Wald gerodet, der inzwischen aber wieder nachgewachsen ist. Nach diesen Rodungen wehten nicht nur im Bereich des heutigen Mainzer Sandes die sandigen Böden zu Dünen auf, die also gut 200 Jahre „jung“ sind. Auch der Lennebergwald steht heute teilweise auf ihnen.

Heimat-Zeitung: Sie haben bereits die außergewöhnliche Bodenstruktur und Flora angesprochen – gibt es auch seltene Tiere, die nur im Lennebergwald vorkommen?

Stefan Dorschel: Die Tiere des Ökosystems Lennebergwald sind tatsächlich nicht so gut erforscht wie seine Pflanzenwelt. Es kommen einige seltene Insekten wie Sandlaufkäfer, Ödlandschrecke, Ameisenlöwe, Wildbienen sowie Milben und andere seltene Spinnentiere vor. Von den größeren Tieren sind es Vögel wie der Wiedehopf und früher auch der Ziegenmelker.

Heimat-Zeitung: Das heißt, der Ziegenmelker war, ist aber heute nicht mehr im Lennebergwald heimisch?

Stefan Dorschel: Ja. Wir erhoffen jedoch dessen Rückkehr, weil der Lebensraum für ihn stimmen würde. Zudem gibt es mehrere Specht-Arten. Von den Säugetieren sind mehrere Fledermausarten und der Gartenschläfer im Lennebergwald heimisch.

Heimat-Zeitung: Die A643 durchschneidet den Lennebergwald bereits seit knapp 50 Jahren, und sie trennt darüber hinaus auch den Mainzer Sand von Lennebergwald. Was bedeutet das für die Tier- und Pflanzenwelt? Gibt es etwa besonders viele Wildunfälle?

Stefan Dorschel: Die von Wildunfällen betroffenen Wildtiere wie Reh und Wildschwein betrifft diese Zerschneidung weniger, weil der Steppenlebensraum für sie nicht so interessant ist. Problematisch ist diese Zerschneidung den-



Naturidylle nur auf dem ersten Blick: Der Lennebergwald – hier mit Schloss Waldthausen – ist massiv gefährdet. Wer genau hinsieht, erkennt viele abgestorbene Bäume im Bestand. (Fotos: Pro-Wald.org)

soll auch die A643, die den Lennebergwald bereits seit den 1970er-Jahren fragmentiert und ihn zudem vom direkt benachbarten, zusammenhängenden Steppen-Ökosystem „Mainzer Sand“ abschneidet, von derzeit vier auf sechs Spuren erweitert werden. Revierförster Stefan Dorschel erwartet katastrophale Folgen für den größten Forst im ansonsten fast waldlosen Rheinhessen.

Heimat-Zeitung: Herr Dorschel, abgesehen vom winzigen Ober-Olmer-Wald gibt es zwischen Mainz, Alzey und Worms nur

sogar mehr als 40 Prozent. Damit zählt Rheinland-Pfalz neben Hessen zu den waldreichsten Bundesländern. Rheinhessen ist also an der Nahtstelle zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz eine „Waldlücke“ in einer ansonsten sehr waldreichen Region.

Heimat-Zeitung: Wie kommt das, historisch betrachtet?

Stefan Dorschel: Das hängt mit dem milden Klima und den für Landwirtschaft gut geeigneten Böden zusammen. Schon die Römer haben das erkannt und haben hier etwa Wein angebaut. Auch der Rhein als guter Verkehrsweg begünstigte die frühe menschliche Besiedelung und die damit zusammenhängenden Rodungen.

Heimat-Zeitung: Das Gebiet des heutigen Rheinhessens war also einst flächendeckend bewaldet, ehe die Römer vor gut 2.000 Jahren damit begonnen haben, Wald zu roden, um Siedlungen und Acker zu bauen?

Stefan Dorschel: Nicht flächendeckend: Einige Bereiche, etwa am noch nicht begradigten Rhein, waren zu nass, und einige weitere Stellen, etwa Sandbereiche, waren zu trocken oder zu felsig. Aber



Förster Stefan Dorschel.

noch – nämlich für Pflanzen-samen und kleinere Tiere, die diese Barriere nicht im Flug überwinden können. Ein Austausch von Samen und Erbgut ist somit nicht möglich.

Heimat-Zeitung: Das bedeutet?

Stefan Dorschel: Im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau werden durch die zusätzlich geplanten Lärmschutzwände und Fahrspuren die Zerschneidungseffekte noch kritischer. Hier Antworten zu finden, sollte Teil einer Umweltverträglichkeitsprüfung sein. Verschiedene Naturschutzverbände haben die Planer bereits im Vorfeld darauf hingewiesen und werden sehr kritisch prü-

sind aus Westernfilmen bekannt.

Heimat-Zeitung: In den vergangenen drei Jahren hatten wir so genannte „Jahrhundertsommer“ mit extremer Dürre. Welche Folgen hat dieses nicht mehr milde, sondern heiße Klima für das Ökosystem Lennebergwald, zumal dieses in einem der niederschlagsärmsten Regionen Deutschlands liegt?

Stefan Dorschel: In den vergangenen drei Sommern ist die Hauptbaumart Kiefer verstärkt abgestorben, das gilt sowohl für die 50 bis 70 Jahre alten, naturfernen Nachkriegsaufforstungs-Bestände als auch für die bis zu 250 Jahre alten Kiefern, die aus Beständen

dede Bäume fallen. Im Inneren der Bestände bleibt alles stehen.

Heimat-Zeitung: Aus welchem Grund?

Stefan Dorschel: Der Lennebergwald ist seit 1996 Naturschutzgebiet. Solange sie stehen bleiben, sind ganz oder teilweise abgestorbene Bäume ein wichtiger Lebensraum etwa für Spechte, Fledermäuse, Singvögel, Mäuse und Gartenschläfer. Wenn sie schließlich umstürzen, wird das Totholz Lebensraum für Insekten und Pilze, sie zerfallen mit der Zeit zu Humus und werden zu Wasser- und Nährstoffspeichern für die nächste Waldgeneration. Waldbesucher müssen also im Naturschutzgebiet Lennebergwald nicht nur zum Schutz der Tier- und Pflanzenwelt auf den Wegen bleiben, sondern auch zu ihrem eigenen Schutz: Es ist zunehmend lebensgefährlich, die Wege zu verlassen. Zum Glück gab es noch keine Unfälle.

Heimat-Zeitung: Wie stark ist der Lennebergwald geschädigt?

Stefan Dorschel: Der Absterbeprozess ist im vollen Gang. Im Moment gehen wir davon aus, dass auf etwa einem Viertel der Fläche Waldauflösungserscheinungen zu beklagen sind. Dort pflanzen wir entweder gezielt neue Bäume nach. Oder wir unterbrechen die Bewirtschaftung komplett für vorerst einige Jahre, um zu beobachten, wie sich der Wald an diesen Stellen natürlich entwickelt.

Heimat-Zeitung: Was bedeutet Waldauflösungserscheinungen?

Stefan Dorschel: Waldauflösung meint, dass der Baumbestand absterbt, ohne dass eine neue Baumgeneration darunter nachwächst. Unter ihm breitet sich stattdessen zunächst oder dauerhaft Steppe aus Gras, Weißdorn oder Brombeeren aus.

Heimat-Zeitung: Das heißt, Sie verfolgen eine Mischstrategie: An einigen Stellen forsten Sie gezielt auf, an anderen hoffen Sie, dass sich der Wald von selbst erholt?

Stefan Dorschel: Genau, die Ausgangsbedingungen sind in verschiedenen Waldbereichen sehr unterschiedlich, und wir halten es auch für sinnvoller, verschiedene Wege auszuprobieren, um Erfahrungen zu sammeln. Deswegen sind wir auch im Austausch mit Förstern aus anderen Waldgebieten, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Wir wissen ja auch nicht, wie die Entwicklung des Klimas weiter geht.

Heimat-Zeitung: Inwieweit wird der Lennebergwald heute überhaupt noch forstwirtschaftlich genutzt. Sind seine Besitzer davon abgerückt, Geld mit ihm verdienen zu wollen?

Stefan Dorschel: Die forstwirtschaftliche Nutzung, also die „Holzzucht“ und Holznutzung stehen im Lennebergwald schon seit mindestens 50 Jahren nicht mehr im Vordergrund, sondern sie ist nur noch ein Nebenaspekt. Heute geht es seinen Eigentümern darum, das Ökosystem Lennebergwald zu stabilisieren. Der Bevölkerung soll ein Ort der Naherholung erhalten bleiben, das Ganze verbunden mit einem Bildungsauftrag für Umwelt und Naturschutz. Finanzielle Aspekte stehen im Lennebergwald auch deshalb zurück, weil er sehr ertragsschwach und die Holzqualität zudem sehr bescheiden ist. Landesweit wird spätestens seit den Klimawandelschäden klar, dass es nicht sinnvoll ist, mit dem Wald Gewinne machen zu wollen. Das ist höchstens noch an besten Standorten möglich, aber eher mit anderen Nutzungen als Holz, etwa mit Windenergie, Bestattungswäl-



Die A643 durchschneidet den Lennebergwald seit knapp 50 Jahren.

fen, ob sie ihnen nachgegangen sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist als Bauherr der Bundesautobahnen gegenüber der Europäischen Union Rechenschaft schuldig, dass sie alles getan hat, um zu verhindern, dass sich der Zustand des nach europäischem Recht geschützten Flora-Fauna-Habitat-Gebiets verschlechtert.

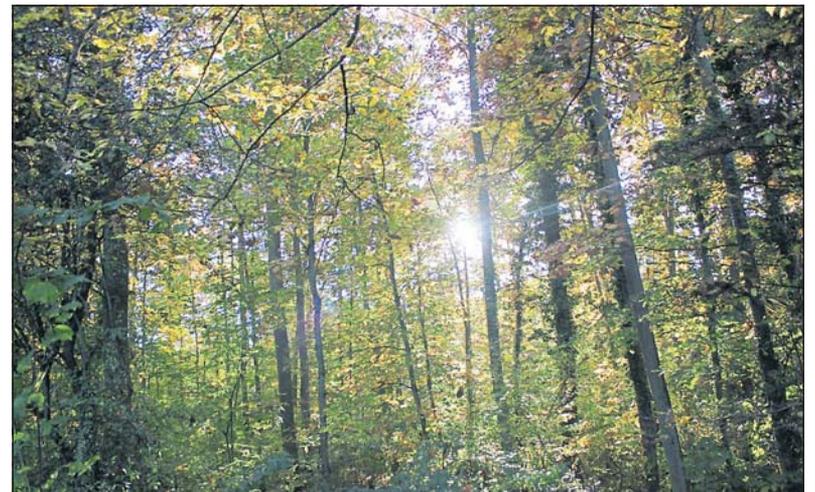
Heimat-Zeitung: Schallschutzwände können sich also auch nachteilig auf das Ökosystem Wald auswirken – und nicht nur positiv, weil Tiere dann mehr Ruhe haben?

Stefan Dorschel: Die Schallschutzwände sollen dem Schutz der Anwohner etwa in Mainz-Mombach, insbesondere im Bereich der Hochhäuser am Westring dienen – und keinesfalls der Fauna. Problematisch für die Steppe ist jedoch die Windruhe hinter der Schallschutzwand. Der Wind ist wichtig für den für Steppenlandschaften typischen Samentransport. Es gibt im Mainzer Sand einige Pflanzen, die sich so vermehren. Diese „Steppenroller“

stammen, die eigentlich seit Jahrhunderten an unsere Klimabedingungen angepasst sind bzw. es bisher waren. Erstmals sterben vermehrt auch Buchen ab – nicht nur im Lennebergwald, sondern in ganz Deutschland. Das ist besonders dramatisch, weil Buchen von Natur aus die Hauptbaumart ist, die Deutschland vor der intensiven menschlichen Waldnutzung geprägt hat. Teile des Lennebergwaldes gleichen heute eher einer Steppenlandschaft als einem geschlossenen, schattigen Wald.

Heimat-Zeitung: Welche Folgen hat das?

Stefan Dorschel: Für Waldbesucher, dass inzwischen eine größere Fläche für sie gesperrt ist: Es ist für sie einfach zu gefährlich, die schmaleren Wege zu benutzen, da abgestorbene Äste auf Spaziergänger, Radfahrer oder Jogger fallen können. Für den ganzen Wald gilt, dass wir nur an den Hauptwegen, Straßen und Erholungseinrichtungen wie Bänken, Schutzhütten, an Spiel- und Trimmgeräten sowie an den Bauungsrändern umsturzgefähr-



Der Absterbeprozess im Lennebergwald ist im vollen Gang.

den oder Freizeitnutzungen wie Kletterwäldern. Das alles ist in Naturschutzgebieten nicht denkbar.

Heimat-Zeitung: **Stichwort Windkraft: Wäre es theoretisch möglich, den Naturschutzgebiets-Status aufzuheben und im Lennebergwald Windräder zu errichten? Es sollen in den kommenden Jahren ja massiv Windkraftanlagen in Wäldern platziert werden.**



Windkraftanlagen auf geschädigten Waldflächen ist ein falscher Schritt.

Stefan Dorschel: Der Status eines Naturschutzgebiets ist natürlich nicht unumstößlich. So hatten Teile des Frankfurter Stadtwaldes einst Bannwaldstatus – jetzt ist dort Wald gerodet worden, und wo er stand, ist heute eine Start- und Landebahn des Frankfurter Flughafens. Windenergiefähige Waldflächen, etwa im Hunsrück oder in der Eifel, sind nicht unbedingt als Naturschutzgebiete ausgewiesen. Im Lennebergwald weht nicht genug Wind für Windenergienutzung.

Heimat-Zeitung: Wie stehen Sie zu Windkraftanlagen in Wäldern?

Stefan Dorschel: Ich persönlich halte den Umbau der fossilen Energieversorgung hin zu erneuerbaren Quellen für notwendig. Für die Windenergie sind neben Meeresküsten und offenen Landschaften naturgemäß Höhenlagen von Mittelgebirgen gut geeignet, und die sind oft bewaldet. Langfristig ist Kohleverstromung schlimmer für die Wälder, und Atomenergie ist für mich auch keine akzeptable Alternative. Aber: Die Eingriffe in die Wälder, die mir bekannt sind, sind schon sehr massiv und drastisch. Wenn so etwas in meinem Forstrevier geplant wäre, würde ich versuchen, auf Kompromisse hinzuwirken und Schäden für den Wald möglichst klein zu halten.

Heimat-Zeitung: Haben Sie

noch eine Resthoffnung, dass die angesprochenen Dürresommer ein vorübergehendes Klimaphänomen waren, die zufällig gehäuft aufgetreten sind – oder ist der Klimawandel in einem gravierenden Ausmaß da?

Stefan Dorschel: Ich gehe davon aus, dass der Klimawandel eingetreten ist.

Heimat-Zeitung: Wie reagieren Sie als Förster darauf – welche

Herausforderungen gilt es für die Forstwirtschaft zu meistern, und was hat sie bereits unternommen?

Stefan Dorschel: Es bedeutet, dass ein „Weiter so“ nicht mehr sinnvoll ist. Wir müssen uns darauf einstellen, dass sich die Konkurrenzverhältnisse zwischen den Baumarten und sich die Antworten auf Fragen, wo welche Baumarten geeignet sind, wesentlich ändern werden. Wie genau, ist nicht vorhersehbar, deshalb erscheint es sinnvoll, das Risiko weit zu streuen: Wir müssen viele Verjüngungsvarianten wie natürlich, einzeln, kleinflächig, flächig, Saat, Pflanzung und viele Baumarten auszuprobieren. Das geschieht auch im Lennebergwald. Bisher sind die Saaten und Pflanzungen erfolgreich, auch dank intensiver Pflege und Wasserung. Richtig neue, noch nicht bei uns vorhandene Baumarten haben wir nicht gepflanzt.

Heimat-Zeitung: Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass der Lennebergwald zugrunde geht?

Stefan Dorschel: Wald war bislang in Mitteleuropa das Schlussstadium der natürlichen Sukzession; von daher gehe ich davon aus, dass das auch hier so ist – von einigen Sandtrockenrasen, Dünenkuppen und Südhängen einmal abgesehen

Heimat-Zeitung: Was bedeutet

das?

Stefan Dorschel: Unter natürlicher Sukzession verstehen wir, dass überall dort Wald von ganz alleine entsteht, wo eine Fläche brach liegt und der Mensch es nicht aktiv verhindert. Nicht nur auf ehemaligen landwirtschaftlichen Flächen, sondern sogar auf Industriebrachen, auf aufgegebenen Abbaugebieten etwa für Kies oder Braunkohle und sogar in verlassenen Städte

Heimat-Zeitung: Also wird sich der Wald von ganz alleine regulieren – ohne den Menschen?

Stefan Dorschel: Einerseits hoffe ich das. Andererseits sind wir Menschen aber da und bleiben das hoffentlich auch. Wir dürfen den Wald daher nicht daran hindern, sich zu regulieren. Ein wesentlicher Hinderungsfaktor ist der von Menschen verursachte Klimawandel im Großen. Und im Kleinen müssen wir dort, wo Wälder etwa durch Dürre oder Stürme geschädigt sind, Geduld aufbringen und auch weniger schöne Gebüsch-Stadien so lange aushalten, bis sich der Wald wieder durchsetzt. In feuchten Jahren werden angepflanzte Bäume auch wieder anwachsen, aber auch auf großer Fläche erscheint mir die natürliche Entwicklung sinnvoller und erfolgversprechender. Dabei wird man allerdings vorübergehend auch Baumarten akzeptieren müssen, die nicht unserem Eichenmisch-Zielwald entsprechen.

Heimat-Zeitung: Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie mit aktiver Wiederaufforstung vs. „Der Natur einfach ihren Lauf lassen“ gemacht?

Stefan Dorschel: Am Aschermittwoch 1990, kurz nachdem ich hier als Förster angefangen habe, hat ein Sturm im Budenheimer Teil des Lennebergwaldes auf großen Flächen Kiefern umgeworfen. Einen Teil haben wir anschließend intensiv neu bepflanzt, einen Teil sich selbst überlassen. Heute, 30 Jahre später, ist beides ist wieder Wald – wenn auch in unterschiedlicher Zusammensetzung. Aus heutiger Sicht hätte weniger Bepflanzung durchaus gereicht.

Heimat-Zeitung: Jetzt muss ich doch noch mal auf die Windkraft zurückkommen: Nach der von Ihnen erhofften „Geduld“, die wir aufbringen sollten, bis sich geschädigte Waldflächen von selbst wieder erholen, sieht es ja gerade nicht aus in deutschen Wäldern. Stattdessen werden Dürre- und Sturmschä-

den gerne zum Anlass genommen werden, hunderte, bis zu 240 Meter hohe Windkraftanlagen in bewaldeten Gebieten zu errichten, da diese ja „ohnehin kaputt“ seien.

Stefan Dorschel: Wer sagt denn so etwas ?

Heimat-Zeitung: Das ist etwa im Reinhardswald, der größten zusammenhängenden Waldfläche Hessens, gerade ganz großes Thema. Da geht es im ersten Schritt um etwa 60 neue Windkraftanlagen, aber die so genannten Wind-Vorrangflächen erlauben in den kommenden Jahren sogar mehrere hundert weitere Anlagen allein an diesem Standort.

Stefan Dorschel: Das habe ich nicht mitbekommen. Wenn das so ist, halte ich es für falsch, Waldflächen wegen der aktuellen Schäden aufzugeben.

Heimat-Zeitung: Wenn zu dem ohnehin milden Klima kommt, dass es in Rheinhessen fast ausschließlich Feld- und Stadtflächen gibt, die sich viel schneller erhitzen und das Wasser nicht speichern können – wäre es da nicht an der Zeit, auf einst gerodete Flächen wieder Waldentwicklung zuzulassen?

Stefan Dorschel: Ja, unbedingt, wichtig sind stadt- und siedlungsnahe Waldgebiete, die der Tier- und Pflanzenwelt, dem Bodenschutz, Lokalklima und der Naherholung dienen. Für genauso wichtig halte ich aber auch siedlungsnahe Landwirtschaft mit Garten-, Obst- und Gemüsebau wegen der Frische, kurzen Transportwegen und dem Bezug der Menschen zu ihren Lebensmitteln. Wer beides will, darf nicht länger zulassen, dass ständig weitere Flächen bebaut oder versiegelt werden. Dann muss flächensparender gebaut werden, also wieder eher Mehrfamilienhäuser als Einfamilienhäuser. Vorhandene Gewerbe-Brachflächen sollten neu strukturiert und bebaut werden, statt ständig neue Bau- und Gewerbegebiete „auf der grünen Wiese“ zu erschließen.

Heimat-Zeitung: Die Realität sieht anders aus. Wie schon erwähnt, soll auch die Autobahn 643 laut Bundesverkehrswegeplan in den kommenden Jahren von vier auf sechs Spuren erweitert werden, zudem soll eine neue Autobahnausfahrt Mainz-Finthen/Römerquelle hinzukommen. Dabei führt die Autobahn heute schon in einigen Teilabschnitten durch den Len-

nebergwald und in anderen Teilabschnitten direkt am Wald entlang. Wie bewerten Sie es, dass weitere Naturflächen versiegelt und zerstört würden?

Stefan Dorschel: Das sehe ich sehr kritisch. Gegen den sechsspurigen Ausbau setze ich mich öffentlich und im Rahmen des Bündnisses „Nix in den (Mainzer) Sand setzen“ von Naturschutzverbänden, örtlichen Gruppen verschiedener Parteien und Privatpersonen seit Jahren ein. Wir haben Politiker fast aller demokratischen Parteien die Folgen dieser Ausbaumaßnahmen vor Ort geschildert – dennoch sind leider andere Entscheidungen getroffen worden.

Heimat-Zeitung: Frustriert Sie das?

Nein, das ist im demokratischen System zu akzeptieren; aber Entscheidungen sind ja im Rahmen der demokratischen Willensbildung auch wieder veränderbar. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und dem damit einhergehenden veränderten öffentlichen Bewusstsein ist es unumgänglich, die Verkehrsplanung noch einmal komplett auf den Prüfstand zu stellen – und zu ändern.

Heimat-Zeitung: Ist Ihnen bereits bekannt, wie viel Lennebergwald für eine sechsspurige A643 mit einer Ausfahrt Mainz-Finthen/Römerquelle gerodet werden müsste?

Stefan Dorschel: Derzeit werden die Planungen für den Abschnitt zwischen der Schiersteiner Rheinbrücke und der Abfahrt Gonsenheim erarbeitet. Der direkt folgende, durch den Lennebergwald führende Teil ist noch nicht Gegenstand der Planung. Insofern gibt es dazu keinerlei Zahlen. Es ist allerdings zu befürchten, dass der sechsspurige Ausbau auch im Lennebergwald kommen wird, wenn der vorherige Abschnitt durch den Mainzer Sand sechsspurig werden sollte. Denn dann liegt es auf der Hand, dass der Bauträger den Ausbau weiterführen will. Wie viel dann gerodet würde, ist noch nicht absehbar. Doch selbst wenn es sich um vergleichsweise kleine Flächen handeln sollte, wirkten sich die Randeffekte wie verstärkte Sonneneinstrahlung, mehr Schadstoffe und weniger Wind durch die Schallschutzwände erfahrungsgemäß sehr negativ auf Wälder aus.

Heimat-Zeitung: Welche Schäden erwarten Sie konkret?

Stefan Dorschel: Bei den Bäu-

men bewirkt die verstärkte Sonneneinstrahlung Rindenbrand bei dünnborkigen Baumarten wie Buche oder Ahorn. Dies hätte verstärkten Pilz- und Lausbefall zur Folge, die Rinde kann abplatzen und das Kambium [Gewebeschicht, die bei Pflanzen für das Dickenwachstum verantwortlich ist] beschädigt werden. Hinzu kommt, dass der Waldboden austrocknet und dass der Schadstoffeintrag vor allem durch Stickstoff zusammen mit dem vermehrten Lichteinfall dazu führt, dass die Flächen vergrasen und mit Brombeerbewuchs zuwuchern. Das erschwert wiederum den Baumaufwuchs.

Heimat-Zeitung: Der A643-Ausbau und insbesondere auch die neue Ausfahrt Finthen wird ja auch damit begründet, dass es dann weniger Stau und ergo weniger CO2-Ausstoß gäbe – und dies würde schließlich auch dem Wald zugute kommen. Können Sie dieses Argument nachvollziehen?

Stefan Dorschel: Da wird aus meiner Sicht die Katze am Schwanz aufgezaumt: Die Ursachen der Staus sollten anders angegangen werden, also mehr ÖPNV statt mehr Individualverkehr, intelligente Verkehrssteuerung, also Spurenfreigabe nach Bedarf, und flexiblere Zeiten des Arbeitsbeginns. Denn es ist Unsinn, dass die Straßen nur morgens und abends durch Berufspendler überlastet sind und ansonsten wenig befahren werden, zumal wir seit einem Jahr sehen, wie viel Arbeit im Homeoffice möglich ist. Gerade in Finthen würde es zudem nicht zu einer Entlastung kommen, da dann der gesamte Verkehr aus Wackernheim, der Richtung Wiesbaden und Frankfurt will, durch den gesamten Ort fahren würde statt wie bislang über die Flugplatzstraße und Kurmainzstraße als kürzeste Route abgeleitet würde.

Heimat-Zeitung: Welche Folgen hätte der A643-Ausbau für Besucher:innen des Lennebergwaldes?

Stefan Dorschel: Die eingewachsenen, schützenden Randstreifen an den Autobahnen würden teilweise komplett verloren gehen, zumindest aber würden sie gelichtet. Waldbesucher müssten also mit mehr Lärm- und einer höheren Schadstoffbelastung rechnen. Die Waldschäden würden zunehmen. Ob die angedachte Landschaftsbrücke im Bereich der Nothelferkapelle kommt, wie sie gestaltet

wäre und welchen Nutzen sie bringen könnte, muss die Zukunft zeigen.

Heimat-Zeitung: Derzeit steht erst der Autobahnabschnitt in der Planung, der dem durch den Lennebergwald vorangeht. Wann könnten die ersten Bäume fallen?

Stefan Dorschel: Das lässt sich schwer vorhersagen. Wenn die Planung für den Abschnitt durch den Mainzer Sand in die öffentliche Beteiligung geht, werden etwa die Naturschutzverbände ihn sehr kritisch prüfen. Ich denke mal, das wird frühestens in diesem Frühsommer der Fall sein. Die Naturschutzverbände haben

schließlich im Konflikt mit der Bundesregierung abgelehnt wurde. In diesem Fall hat aber letztlich die Bundesregierung das Sagen, da es eine Bundesautobahn ist. Entscheidend für eine veränderte politische Willensbildung ist also der Ausgang der nächsten Bundestagswahl und wie sich dann gegebenenfalls eine grüne Regierungsbeteiligung positionieren wird. Hinzu kommt die bereits angesprochene Möglichkeit des Rechtsweges. Das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium hat ja schon einmal in Sachen Pkw-Maut aufgezeigt bekommen, dass bei einem Verstoß gegen EU-Recht eigene Planungen zu Fall



Beim Ausbau der A643 müssten Waldbesucher mit mehr Lärm und einer höheren Schadstoffbelastung rechnen.

angekündigt, auch den Klageweg nicht auszuschließen, wenn Verschlechterungen des Flora-Fauna-Habitat-Erhaltungszustandes im Mainzer Sand zu befürchten sind. Dann kann das ein paar Jahre dauern. Erst wenn dieses Verfahren rechtlich durch ist, wird der nächste Abschnitt geplant; das kann dann – je nach politischen Prioritäten – schneller oder langsamer gehen. Alles in allem gehe ich für den Autobahnabschnitt, der durch den Lennebergwald führt, davon aus, dass selbst im schnellsten Tempo noch mindestens fünf bis sechs Jahre ins Land gehen werden, bis Maßnahmen erfolgen.

Heimat-Zeitung: Wer engagiert sich derzeit politisch für das Ökosystem Lennebergwald/Mainzer Sand?

Stefan Dorschel: Die Grünen hatten als Regierungspartei in der ersten rot-grünen Landesregierung von 2011 bis 2016 immerhin schon erreicht, dass der sechsspurige Ausbau der A 643 in der Koalitionsvereinbarung und an-

kommen können. Insofern sehe ich das ganz entspannt und hoffnungsvoll.

Heimat-Zeitung: Im Dannenröder Forst waren die Proteste trotz grüner Beteiligung in der hessischen Landesregierung nicht erfolgreich, der Wald wurde schließlich möglicherweise auch deshalb gerodet, weil Umweltverbände nicht klageberechtigt waren, die schwarz-grüne Landesregierung jedoch nicht klagen wollte. Aktivist:innen haben daher den Protest geführt, konnten aber die Rodungen nicht verhindern. Was würden Sie davon halten, wenn in einigen Jahren der Lennebergwald besetzt würde und dort Baumhaussiedlungen junger Umweltschützer:innen entstehen, um ihn zu schützen?

Stefan Dorschel: Davon würde ich – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt – wenig halten, weil das eben noch ein sehr weiter Weg bis zu einem möglichen Rodungsbeginn ist. Was mich aber ärgern würde, ist, wenn den Waldschüt-

zern wieder – wie so oft – in ein paar Jahren vorgeworfen würde, sie meldeten sich erst zu Wort, wenn die Planungen schon weit fortgeschritten oder abgeschlossen seien. Das ist im Fall der A643 nun wirklich nicht der Fall; allerdings werden die Initiatoren der ersten Aktivitäten schon ziemlich alt sein, wenn es tatsächlich „ernst“ werden könnte. Insofern ist es wichtig, den Widerstand am Leben zu halten, zu verjüngen und die Informationen weiterzugeben. Dass ein breiter Widerstand erst entsteht, wenn wirklich die Harvester anrollen, kann ich menschlich nachvollziehen. Es kann ermüden und zermürben, wenn man dauert informiert und appelliert, ohne dass wirklich etwas passiert. Ich habe in den vergangenen Jahren nicht eine Waldführung in diesem Bereich gemacht, ohne auf die Gefährdung durch den drohenden A643-Ausbau hinzuweisen.

Heimat-Zeitung: Welches Feedback haben Sie auf Ihre warnenden Worte erhalten?

Stefan Dorschel: Die Rückmeldungen, die ich von Bürgern und dem politischen Raum bekomme, zeigen mir, dass der Lennebergwald für jeden auf unterschiedliche Weise als ganz wichtiger Lebensraum wahrgenommen wird. Das macht mir Hoffnung, dass die Menschen starke Eingriffe sehr kritisch hinterfragen und nicht akzeptieren würden. Zudem merke ich die Wertschätzung für den Wald auch daran, dass wir als Zweckverband zur Erhaltung des Lennebergwaldes und als Forstrevier außergewöhnlich gut unterstützt werden. Im Vergleich zu anderen Forstbetrieben sind wir finanziell und personell gut ausgestattet.

Heimat-Zeitung: Wie sollte Engagement für den Lennebergwald aussehen, damit Umweltschützer an einem Strang ziehen und letztlich gemeinsam erfolgreich sind?

Stefan Dorschel: Grundlage für jedes Engagement ist, dass möglichst viele den Lennebergwald schätzen lernen. Deshalb setzen wir auf Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit und wollen, dass viele Leute in den Wald kommen. Man schützt nur, was man kennt, heißt es so schön. Wenn diese Menschen sich dann in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen für den Lennebergwald und alle anderen Wälder, für Klimaschutz oder Artenvielfalt einsetzen, gewinnen wir am meisten. Al-

so : An Veranstaltungen im Wald teilnehmen oder vielleicht sogar mitwirken oder sie initiieren, ist hilfreich.

Heimat-Zeitung: Kann man das so sagen: Zeit zu handeln ist jetzt – und nicht erst, wenn die Harvester anrollen?

Stefan Dorschel: Aktiv handeln kann jeder und jede in der Tat jetzt schon, indem sie für den Wald aktiv sind. Vielleicht entdeckt ja noch jemand eine seltene Pflanzen- oder Tierart? Wir pflegen auf jeden Fall auch und gerade die gefährdeten Flächen an der Autobahn weiter, denn je besser deren Zustand ist, desto höher ist die Chance, dass sie nicht zerstört werden dürfen. Dabei werden wir aus der Bevölkerung unterstützt. Aber mehr Handeln im Sinne von praktischem Tun können wir im Moment in Sachen Verhinderung des Autobahnausbaus nicht, solange sich dieser noch auf der Planungsebene abspielt. Sobald jedoch die Planung veröffentlicht ist und eine öffentliche Anhörung stattfindet, sollte der geballte Sachverstand zur Stelle sein und deutlich seine Meinung kundtun.

Heimat-Zeitung: Stehen in den kommenden Jahren neben dem geplanten Autobahnausbau weitere Baumaßnahmen oder Entwicklungen bevor, die den Lennebergwald beeinträchtigen?

Stefan Dorschel: Verständlicherweise werden Bebauungen in den Ortslagen verdichtet, was ja auch sinnvoller ist als Neubau „auf der grünen Wiese“. Teilweise rückt die Bebauung jedoch sehr dicht an den Wald heran, was dazu führen kann, dass der Wald aus Sicherheitsgründen zurückgenommen werden muss. Früher war das gesetzlich waldfreundlicher geregelt, dann wurde es „liberalisiert“, so dass wir als Waldbesitzer dagegen wenig unternehmen können. Immer wieder und zum Teil überraschend kommen Einzelvorhaben auf, die den Wald beeinträchtigen können, wie aktuell ein geplanter Reitstall auf dem ehemaligen IBM-Freizeitgelände in Uhlerborn. Hier ist ein enger Austausch mit der Lokalpolitik, Parteien, Verbänden und der Presse nötig und hilfreich, um frühzeitig negative Entwicklungen für den Wald zu vermeiden. Bislang gelingt das ganz gut, und dafür sind die bereits angesprochenen Aktivitäten und eine waldfreundliche Stimmung notwendig.

Heimat-Zeitung: Was können die Forstwirtschaft, die Politik,

Umweltverbände und jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger tun, um das Ökosystem Lennebergwald und Mainzer Sand zu erhalten, nachdem die Planungen für den nächsten Teilabschnitt des A643-Ausbaus in voraussichtlich wenigen Monaten offengelegt sind?

Stefan Dorschel: Sich informieren auf der Seite des Bündnisses für den Mainzer Sand. Wie gesagt: Das wird eine Vorentscheidung für den Lennebergwald sein. Macht Euch ein Bild von der Lage und bildet Euch eine Meinung! Wer dann die Position des Bündnisses „Nix in den (Mainzer) Sand setzen“ unterstützen will, sollte sich an den Aktivitäten beteiligen. Hierzu zählt, Stellungnahme an die Genehmigungsbehörde zu schicken, für die es Muster geben wird. Sprecht mit anderen, überzeugt sie, teilt relevante Beiträge zum Thema, beteiligt Euch an Diskussionen in sozialen Medien, schreibt Briefe oder Mails an Abgeordnete, arbeitet in Verbänden mit, nehmt Offenlegungstermine

wahr, kommt zu Führungen in den Lennebergwald und nimmt an Demonstrationen teil. Es gibt viele Möglichkeiten, sich zu engagieren – wenn man in der Nähe lebt, aber auch aus der Ferne! Das Interview führte Ingo Fischer (www.Pro-Wald.org).



Das Interview führte Ingo Fischer ursprünglich für die Online-Nachrichtenseite Pro Wald (www.Pro-Wald.org).

Umwelt- und Klimaschutzpreis 2021

Kreis. – Noch bis zum 31. Mai können sich Gruppen und Einzelpersonen, Vereine und Verbände, Kommunen und Firmen, Schüler und Schulen, Kitas und Initiativen – also praktisch jeder, der sich besonders für Umwelt und Klima einsetzt – für den Umwelt- und Klimaschutzpreis 2021 des Landkreises Mainz-Bingen bewerben.

Gefördert werden dabei vorbildliche Konzepte in drei Kategorien: technische und bauliche Projekte, Umwelt und Klimaschutzpädagogik sowie sonstige besondere und nachahmenswerte Klimaschutzaktivitäten. Vor allem die CO2-Einsparung liegt hierbei im Fokus. Aber auch andere Projekte, mit denen das Umwelt- und Klimabewusstsein der Bürger gestärkt wird, sind gefragt. Die Projekte sollen dazu motivieren, sich für den Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen und damit dessen Notwendigkeit im Kreis bewusst zu machen.

Der Preis hat in Mainz-Bingen eine lange Geschichte: Bereits 1992 wurde der Umweltschutzpreis erstmals vergeben, 2010 kam schließlich der Klimaschutzpreis dazu. 2016 wurden die beiden Preise schließlich zu einem vereint, das Preisgeld auf 10.000

Euro verdoppelt. Organisiert wird dies vom Umwelt- und Energieberatungszentrum des Kreises Mainz-Bingen.

Bewerbungen müssen schriftlich mit Begründung eingesandt werden an: Kreisverwaltung Mainz-Bingen, Umwelt- und Energieberatungszentrum, Georg-Rückert-Straße 11, 55218 Ingelheim am Rhein. Weitere Informationen gibt es unter www.klimaschutz.mainz-bingen.de, unter Umweltbildung und Umwelt-Klimaschutz-Preis oder per Telefon unter 06132/7872170.

Hinweis: Da der Klimaschutzpreis von 2020 auf das Jahr 2021 verschoben wurde, werden entsprechend auch bereits versendete beziehungsweise eingegangene Bewerbungen berücksichtigt.

Erste Hilfe.

Selbsthilfe.

brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe
Mitglied der actalliance

Runner vom Gas! – Drum ruff uff die Gass!

Nina Klinkel und die Budenheimer SPD ermahnen Autofahrer

Budenheim. – Die Wochen vor der Landtagswahl nutzen die SPD-Landtagsabgeordnete Nina Klinkel und die Budenheimer

SPD dazu, sich für Budenheim einzusetzen und Zeichen zu setzen. Damit zumindest am ersten sonnigen Frühlingstag Tempo 30

in der Binger Straße eingehalten wurde, dafür standen die Budenheimer Sozialdemokratinnen und -demokraten am vergange-

nen Samstag für ein paar Stunden am Straßenrand.



Nina Klinkel, Winfried Klein und Andreas Koch.



Alexandra Thiers, Ute Laubscher und Kerstin Dotzer.

(Fotos: Eugen Rosin)

Weltgebetstag 2021

Veranstaltung am 5. März– diesmal etwas anders

Budenheim. – Es ist auch in Budenheim längst Tradition, am ersten Freitag im März den Weltgebetstag mit einem ökumenischen Gottesdienst und anschließend landestypischen Imbiss zu feiern. In diesem Jahr wird es aber coronabedingt keinen Präsenzgottesdienst geben, der Weltgebetstag soll mit einer „Weltgebetstags-Tüte“ gefeiert werden.

2021 kommt der Weltgebetstag von Frauen des pazifischen Inselstaats Vanuatu. Auf den ersten Blick ein Südseeparadies mit 83 Inseln; idyllisch zwischen Australien, Neuseeland und den Fidjiinseln gelegen. Doch es gibt auch eine Kehrseite: Vanuatu ist vom Klimawandel betroffen wie kaum ein anderes Land der Welt, und dies, obwohl es keine Industrialisierung ist und auch sonst kaum CO₂ ausstößt. So steigt der Meeresspiegel kontinuierlich an, tropischen Wirbelstürme werden immer stärker und haben bereits einige Inseln zerstört. Die Belastung der Meere mit Plastik, die Lage im pazifischen Feuerring mit aktiven Vulkanen und Erdbeben belasten das kleine Land immer mehr. Auch Gewalt gegen Frauen wird ein immer größeres Problem. Zwischen all diesen Bedingungen

stellten die Frauen aus Vanuatu die Frage: Worauf bauen wir? Was trägt unser Leben, wenn alles ins Wanken gerät? Das ist das Motto des Weltgebetstags der Frauen aus Vanuatu, in dessen Mittelpunkt der Bibeltext aus Matthäus 7, 24 bis 27 steht. Felsenfester Grund für alles Handeln sollten Jesu Worte sein. Nur das Haus, das auf festem Grund steht, würden Stürme nicht einreißen, heißt es bei Matthäus. „Wo wir Gottes Wort hören und danach handeln, wird das Reich Gottes Wirklichkeit. Wo wir uns daran orientieren, haben wir ein festes Fundament. Unser Handeln ist entscheidend“, sagen die Frauen in ihrem Gottesdienst.

Über Länder- und Konfessionsgrenzen hinweg engagieren sich Frauen seit über 100 Jahren für den Weltgebetstag und machen sich stark für die Rechte von Frauen und Mädchen in Kirche und Gesellschaft. Mit seiner Projektarbeit unterstützt der Weltgebetstag Frauen und Mädchen weltweit.

„Weltgebetstags-Tüte“ in Budenheim

Um den Weltgebetstag auch in Budenheim gemeinsam zu feiern, wird an alle Interessierte eine



(Foto: @www.weltgebetstag.de)

„Weltgebetstags-Tüte“ verteilt, mit der man von zuhause ganz persönlich den Weltgebetstag begehen kann (Gottesdienste auch ganztags online unter www.weltgebetstag.de oder in Bibel TV).

Verteilung der „Weltgebetstags-Tüten“

Ein Teil dieser „Weltgebetstags-Tüten“ wird zu den Gottesdiensten am 27. und 28. Februar in der katholischen Kirche in Budenheim zum Mitnehmen ausgelegt. Gerne kann man sich alternativ aber auch anmelden – und die Tüten nach Hause bringen lassen.

Interessierte werden gebeten, sich möglichst bis zum 1. März beim katholischen Pfarrbüro (Telefon 06139/2129; E-Mail: info@st-pankratius-budenheim.de) oder beim evangelischen Pfarrbüro (Telefon 06139/368; E-Mail: ekb@gmx.net) mit Angabe der Kontaktdaten zu melden. Die Tüten werden dann vor dem 5. März nach Hause gebracht. Das Team hofft, dass diese Angebote zu einem schönen und würdigen Weltgebetstag beitragen – und man in 2022 wieder gemeinsam den Weltgebetstag begehen kann.

Redaktions- und Anzeigenschluß
für die nächste
Heimat-Zeitung
ist am Dienstag um 16 Uhr!

Amtliche Bekanntmachungen



Gemeindeverwaltung Budenheim: Tel. 299-0 · Fax 299-301 · E-Mail: info@budenheim.de
 Gemeindewerke Budenheim: Tel. 9306-0 – Fax 9306-165 · E-Mail: info@gemeindewerke-budenheim.de
 Störungsmeldungen nach Dienstschluss: Gas/Wasser: Tel. 06131/127003 · Strom: Tel. 06131/127001
 Polizei: Tel. 110 · Feuerwehr: Tel. 112 · Polizeiinspektion II, Mainz: Tel. 06131/654210
 Rettungsdienst/Notarztwagen: Tel. 06131/19222 · Ärztliche Bereitschaftspraxen Mainz: Tel. 116117
 Umwelttelefon der Stadtverwaltung Mainz: Tel. 06131/122121 · Kreisverwaltung Mainz-Bingen: Tel. 06132/787-0
 Sprechstunde der Kreisverwaltung (Fachstelle Asyl und Integration) im Rathaus Budenheim, 1. OG – Zimmer 23:
 jeden Donnerstag von 13.00 – 14.00 Uhr; in dringenden Fällen Auskünfte unter Tel. 06132/787-3349, -3322, -3334

Bekanntmachung

Virtuelle Abendsprechstunde am 03. März

Bürgermeister Stephan Hinz bietet den Bürgerinnen und Bürgern eine virtuelle Abendsprechstunde an. Am Mittwoch, 03. März, steht der Bürgermeister von 18:00 Uhr bis 19:30 Uhr für Fragen oder Anliegen zur Verfügung. Den Link können Sie per Mail an cornelia.gethoeffler@budenheim.de anfordern oder sich ihn unter „Aktuelles“ auf unserer Homepage abrufen.

Budenheim, 23. Februar 2021

Gemeindeverwaltung Budenheim
 (Stephan Hinz)
 Bürgermeister

Bekanntmachung

Wahlbekanntmachung

I.
 Am **Sonntag, dem 14. März 2021**, findet die **Wahl zum 18. Landtag von Rheinland-Pfalz** statt.

Die Wahl dauert von 8 bis 18 Uhr.

II.
 Die Gemeinde Budenheim bildet einen Stimmbezirk.

Der Wahlraum wird im Bürgerhaus/Waldsporthalle, An der Waldsporthalle 1, 55257 Budenheim eingerichtet.

In der Gemeinde sind die Wahlräume zur Erleichterung der Teilnahme an der Wahl für behinderte und andere Menschen mit Mobilitätseinschränkungen **barrierefrei** eingerichtet. In den Wahlbenachrichtigungen, die den Stimmberechtigten in der Zeit vom 08.02.2021 bis 21.02.2021 übersandt worden sind, sind der Stimmbezirk und der Wahlraum angegeben, in dem die Stimmberechtigten zu wählen haben.

III.
 Die Stimmberechtigten können nur in dem Wahlraum des Stimmbezirks wählen, in dessen Wählerverzeichnis sie eingetragen sind.

Die Wählerinnen und Wähler haben ihre Wahlbenachrichtigung und einen amtlichen Personalausweis oder Reisepass zur Wahl mitzubringen. Die Wahlbenachrichtigung soll bei der Wahl abgegeben werden.

Gewählt wird mit amtlichen Stimmzetteln. Jede Wählerin und jeder Wähler erhält bei Betreten des Wahlraumes einen Stimmzettel und einen Kugelschreiber ausgehändigt.

Die amtlichen Stimmzettel enthalten am oberen, rechten Rand eine Ausstanzung – eine Lochung. Die Lochung versetzt blinde und sehbehinderte Wählerinnen und Wähler in die Lage, ohne fremde Hilfe den Stimmzettel in so genannte Stimmzettelschablonen richtig einlegen zu können, um anschließend ebenfalls ohne die Mitwirkung anderer Personen geheim ihre Stimme abgeben zu können. Landesweit sind alle Stimmzettel mit der Lochung versehen, so dass eine Zuordnung der Stimmzettel zu einem bestimmten Wähler nicht möglich ist und das Wahlgeheimnis umfassend gewahrt bleibt.

Jede Wählerin und jeder Wähler hat eine Wahlkreisstimme und eine Landesstimme.

Der Stimmzettel enthält jeweils unter fortlaufender Nummer

1. für die Wahl im Wahlkreis in schwarzem Druck die zugelassenen Wahlkreisvorschläge unter Angabe des Familiennamens, Vornamens, Berufes oder Standes und des Ortes der Hauptwohnung der Bewerberinnen und Bewerber sowie der Ersatzbewerberinnen und Ersatzbewerber, bei Wahlkreisvorschlägen von Parteien und Wählervereinigungen außerdem deren Namen und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, bei Wahlkreisvorschlägen von Stimmberechtigten außerdem das Kennwort und rechts von dem Namen jeder Bewerberin und jedes Bewerbers einen Kreis für die Kennzeichnung,

2. für die Wahl nach Landes- und Bezirkslisten in blauem Druck die zugelassenen Landes- und Bezirkslisten unter Angabe der Namen der Parteien und Wählervereinigungen und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, der Familiennamen und Vornamen der ersten fünf Bewerberinnen und Bewerber und die Bezeichnung der Wahlvorschläge als Landes- oder Bezirkslisten sowie links von der Bezeichnung der Partei oder Wählervereinigung einen Kreis für die Kennzeichnung.

Die Wählerinnen und Wähler geben

ihre Wahlkreisstimme in der Weise ab, dass sie auf dem linken Teil des Stimmzettels (Schwarzdruck) durch ein in einen Kreis gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich machen, welcher Wahlkreisbewerberin oder welchem Wahlkreisbewerber und gegebenenfalls welcher Ersatzbewerberin oder welchem Ersatzbewerber sie gelten soll, und ihre Landesstimme in der Weise, dass sie auf dem rechten Teil des Stimmzettels (Blaudruck) durch ein in einen Kreis gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich machen, welcher Landes- oder Bezirksliste sie gelten soll.

Der Stimmzettel muss von den Wählerinnen und Wählern in einer Wahlkabine des Wahlraumes gekennzeichnet und in der Weise gefaltet werden, dass seine Stimmabgabe nicht erkennbar ist.

IV.

Die Wahlhandlung sowie die im Anschluss an die Wahlhandlung erfolgende Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses im Stimmbezirk sind öffentlich. Jedermann hat Zutritt, soweit das ohne Beeinträchtigung des Wahlgeschäfts möglich ist.

V.

Wählerinnen und Wähler, die einen Wahlschein haben, können an der Wahl im Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,

a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlraum dieses Wahlkreises oder
 b) durch Briefwahl teilnehmen.

Wer durch Briefwahl wählen will, muss sich von der Gemeindeverwaltung Budenheim einen amtlichen Stimmzettel, einen amtlichen Stimmzettelschlag sowie einen amtlichen Wahlbriefumschlag beschaffen und den Wahlbrief mit dem Stimmzettel (im verschlossenen Stimmzettelschlag) und dem unterschriebenen Wahlschein so rechtzeitig der auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Gemeindeverwaltung Budenheim übersenden, dass er dort spätestens am Tage der Wahl bis 18 Uhr eingeht. Der Wahlbrief kann auch bei der angegebenen Gemeindeverwaltung Budenheim, Berliner Straße 3, 55257 Budenheim oder am Tage der Wahl bis spätestens 18 Uhr bei dem für den Wahlbrief zuständigen Wahlvorstand abgegeben werden.

VI.

Jeder Stimmberechtigte kann sein Stimmrecht nur einmal und nur persönlich ausüben. Die Ausübung des Stimmrechts durch einen Vertreter anstelle des Stimmberechtigten ist unzulässig (§ 4 Abs. 1 des Landeswahlgesetzes).

Wählerinnen und Wähler, die des Le-

sens unkundig oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung nicht in der Lage sind, ihre Stimmen abzugeben, können sich zur Stimmabgabe der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfeleistung hat sich auf die Erfüllung der Wünsche der Wählerin oder des Wählers zu beschränken. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfestellung von der Wahl eines anderen erhält.

Wer unbefugt wählt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Wahl herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Unbefugt wählt auch, wer im Rahmen einer zulässigen Assistenz entgegen der Wahlentscheidung des Stimmberechtigten oder ohne eine geäußerte Wahlentscheidung des Stimmberechtigten eine Stimme abgibt. Der Versuch ist jeweils strafbar (§ 107 a Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches).

VII.

Einhaltung der AHA-L-Regeln
 Der Zugang zu den Wahlräumen und der Durchlauf im Einbahnstraßensystem ist nur unter Einhaltung eines Mindestabstands von 1,5 Meter zu anderen Personen erlaubt (Abstandsgebot).

Die Wähler*innen müssen ab dem Zutrittsbereich (ebenfalls in der Warteschlange) und im Wahlraumgebäude einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz (OP-Maske) oder eine Maske des Standards KN95/N95/FFP-2 Maske tragen.

Für Bürgerinnen und Bürger, die dem Wahlvorstand ein ärztliches Attest vorweisen, wonach sie vom Tragen einer Maske aus gesundheitlichen Gründen befreit sind, gilt insoweit eine Ausnahme.

Der Wahlraum ist mit einer Höchstanzahl an Stimmberechtigten gekennzeichnet. Die Höchstzahl gibt die zulässige Zahl der gleichzeitigen im Wahlraum anwesenden Wähler*innen während der Wahlhandlung vor. Nach der Stimmabgabe sollen die Wahlberechtigten den Wahlraum zügig verlassen.

Wahlbeobachter haben sich bei Wahlraumbetretung dem Wahlvorstand anzuzeigen unter Nennung der Kontaktdaten. Der Wahlvorstand vermerkt die Anwesenheitszeiträume auf dem Kontaktbogen und weist Ihnen einen Freiraum mit Abstandswahrung zu. Der Freiraum hat eine Beobachtung der Wahlhandlung sowie der späteren Auszählung und Ergebnisermittlung zu gewährleisten. Hiernach reduziert sich die Anzahl zulässige Zahl der gleichzeitig anwesenden Wähler*innen zur Stimmabgabe im Wahlraum.

Das Abstandsgebot von mindestens 1,50 Meter gilt auch für die Mitglieder des Wahlvorstands untereinander.

Die Ergebnisermittlung ist öffentlich, jedermann hat Zutritt. Für die Öffentlichkeit gilt grundsätzlich während der Ergebnisermittlung das genannte Abstandsgebot sowie die genannte Maskenpflicht und die Zutrittsbegrenzung im Wahlraum, soweit die jeweils geltende Corona-Bekämpfungsverordnung keine andere Regelung trifft.

Der Zugang von Wahlbeobachtern kann beschränkt werden, wenn dadurch die Abstandsregelungen nicht eingehalten werden können und somit der Wahlvorstand gesundheitlichen Risiken ausgesetzt würde. Die Durchführung der Wahlhandlung und die Ergebnisfeststellung dürfen nicht eingeschränkt oder unmöglich gemacht werden.

Kontaktatenverfolgung erfolgt bei Mitgliedern des Wahlvorstandes anhand der Wahlniederschrift.

Kontaktatenverfolgung hinsichtlich der Wählerinnen und Wähler durch den Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis; die Uhrzeit der Stimmabgaben der Wählerinnen und Wähler sind in einer gesonderten Spalte des Wählerverzeichnisses zu erfassen, damit im Falle einer Infektion alle möglichen Kontaktpersonen ermittelt werden können.

Kontaktatenverfolgung „Wahlbeobachter“ im Rahmen des „Öffentlichkeitsprinzips“ und sonstiger im Wahlraum anwesenden Personen sind unter Angabe der Anwesenheitszeiten auf dem Kontaktbogen vom Wahlvorstand zu dokumentieren. Die erhobenen Daten werden mit den Wahlunterlagen der zuständigen Stadtverwaltung übergeben; sie sind unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen für eine Frist von einem Monat aufzubewahren; nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Daten unverzüglich zu löschen.

Besondere Hygienemaßnahmen des Wahlvorstandes

Für die Mitglieder der Wahlvorstände sind folgende Schutzmaßnahmen getroffen:

- Jeder erhält 2 FFP-2 Masken
- Einweg-Handschuhe
- Desinfektionsmittel für Hände und Flächen
- Spuckschutzscheiben

Die geltenden Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln (inkl. der allgemeinen Regeln des Infektionsschutzes wie „Niesetikette“, Einordnung von Erkältungssymptomen etc.) werden durch Hinweisschilder kenntlich gemacht.

Die Wahlräume sind, um die Belas-

tung der Wahlräume sowie der Zugangsbereiche mit Aerosolen zu minimieren, permanent ausreichend zu belüften!

Nach der Stimmabgabe des Wählers ist der Tisch in der Wahlkabine zu desinfizieren.

Es ist jedem Wähler mit dem Stimmzettel ein Schreibstift auszuhändigen, den er anschließend mitnehmen darf.

Das Hygienekonzept kann im Blick auf das Infektionsgeschehen gegebenenfalls fortgeschrieben werden und ist am Tage der Wahl aktuell im Ausgang.

Budenheim, 22.02.2021

Gemeindeverwaltung Budenheim
(S. Hinz)
Bürgermeister

Gremiensitzungen live im Internet

Kreis. – Die öffentlichen Gremiensitzungen des Landkreises Mainz-Bingen werden bedingt durch die Corona-Pandemie ab sofort auch live über das Internet übertragen. Hintergrund ist die durch den Gesetzgeber eingeführte Zulässigkeit von Videokonferenzen und eine damit verbundene Regelung, die Sitzungen der Öffentlichkeit auch technisch zugänglich zu machen. Damit werde gewährleistet, dass die kommunale Gremienarbeit ohne Präsenzveranstaltungen fortgeführt werden kann und der Grundsatz der Öffentlichkeit von Sitzungen gewahrt wird.

Aktuelle Informationen zu den Terminen der jeweiligen Sitzungen und den Themen, die auf der Tagesordnung stehen, sind auf der Website www.mainz-bingen.de unter dem Suchbegriff „Digitale Gremiensitzungen“ einzusehen. Dort gibt es neben einer Bedienungsanleitung zum Einwählen in das Online-Konferenzsystem auch rechtliche Hinweise für die Live-Übertragung sowie den Zugangslink. Dieser Zugangslink ist dauerhaft, er gilt für alle anstehenden Sitzungen: <https://gremiensitzungen.mainz-bingen.de>.

Zusätzlich zum Online-Angebot besteht für die Öffentlichkeit weiterhin die Möglichkeit, die Sitzungen vor Ort im Kreistagssaal der Verwaltung auf einer Leinwand zu verfolgen. Im Gebäude sowie am Sitzplatz ist dabei ein medizinischer Mund-Nasen-Schutz zu tragen.

Kirchliche Nachrichten



Evangelische Kirchengemeinde

Wegen des Lockdowns findet am 28. Februar kein Präsenz-Gottesdienst in der Kirche statt. Auf unserer Homepage haben Sie die Möglichkeit die Predigt über Youtube zu sehen. Diese steht am Sonntag ab 10.00 Uhr zur Verfügung: www.ekb-online.net oder Sie fragen im Gemeindebüro nach. (Telefon: 06139/368 oder Mail: ekb@gmx.net) Die Predigten für den Sonntag liegen außerdem gedruckt am Kirchenportal aus. Das Gemeindebüro ist besetzt: dienstags 14.00 – 17.00 Uhr mittwochs und freitags 9. 00 – 12.00 Uhr, donnerstags 15.00 – 18.00 Uhr.

Aus der Ökumene



„Denn sie sollen eins sein...“ (Joh 17,22)

Die ev. und rk. Kirchengemeinden laden zu ihren Veranstaltungen ein!

Katholische Kirchengemeinde

Samstag, 27.2.2021

18:30 Uhr Vorabendgottesdienst

Sonntag, 28.2.2021

10:00 Uhr Wortgottesdienst mit Kommunionausteilung

Anmeldungen für den Samstags- und Sonntagsgottesdienst sind bis **Donnerstag, 12:00 Uhr** telefonisch unter der 2129 oder per e-mail an: Info@st-pankratius-budenheim.de möglich.

Sofern noch Plätze frei sind, können Besucher auch ohne Voranmeldung am Gottesdienst teilnehmen.

In diesem Fall bitten wir einen bereits ausgefüllten Zettel mit Namen, Adresse und Telefonnummer vor dem Gottesdienst beim Ordnerdienst abzugeben.

Bitte beachten Sie, dass beim Betreten und Verlassen der Kirche, sowie während des gesamten Gottesdienstes, alle Gottesdienstteilnehmenden eine **medizinische Maske** tragen müssen!

Öffnungszeiten des Pfarrbüros
Das Pfarrbüro bleibt bis auf weiteres geschlossen!

In dringenden Anliegen können auch Termine nach telefonischer Anmeldung wahrgenommen werden. Dabei sind die Hygiene-, Abstands- und Registrierungregeln zu beachten.

Weltgebetstag aus Vanuatu

Leider muss coronabedingt in 2021 der ökumenische Weltgebetstags-Gottesdienst und das anschließende Beisammensein entfallen. Stattdessen werden „Weltgebetstags-Tüten“ verteilt, damit man den Gottesdienst auch zuhause feiern kann. Ein Teil der Tüten wird zu den Gottesdiensten am 27.2. und 28.2. in der katholischen Kirche in Budenheim zum Mitnehmen ausgelegt.

Gerne können sich Interessierte auch beim evangelischen Pfarrbüro (Tel. 06139/ 368; E-Mail: ekb@gmx.net) oder beim katholischen Pfarrbüro (Tel. 06139/ 2129; E-Mail: info@st-pankratius-budenheim.de) anmelden und ihre Kontaktdaten möglichst bis zum 1.3.2021 hinterlassen – dann werden die Tüten direkt nachhause gebracht. Das Weltgebetstags-Team freut sich, die „Weltgebetstags-Tüten“ zu verteilen.

Herzlichen Glückwunsch



Ihren Geburtstag feiern:

27.02. Heußlein, Helmut 90 J.
27.02. Kost, Klaus 80 J.

Not dort bekämpfen, wo sie entsteht.

Helfen Sie – **WERDEN SIE PATE!**
100 % Ihrer Spenden erreichen Kinder in Not.



Kinderzukunft
STIFTUNG FÜR KINDER IN NOT

www.kinderzukunft.de

„Dein Tag für Afrika“

Die Kampagne kämpft ums Überleben

Unter dem Motto „Dein Einsatz zeigt Wirkung“ ruft Aktion Tagwerk Schulen zur Teilnahme auf. Schüler sind dringend gefragt, sich für Bildungsprojekte in Ruanda und Uganda zu engagieren. Der bundesweite Aktionstag findet am 15. Juni statt.

Aktion Tagwerk steht 2021 vor zwei Herausforderungen: Zum einen geht es den jungen Menschen in den unterstützten Projekten schlecht, denn sie leiden extrem unter den Beschränkungen, welche die Corona-Pandemie mit sich gebracht hat. Zum anderen hat Aktion Tagwerk den Schul-Lockdown 2020 in Deutschland und die Auswirkungen der Pandemie deutlich zu spüren bekommen. So haben sich im vergangenen Kampagnenjahr nur knapp 150 Schulen am „Tag für Afrika“ engagiert. Das Schulengagement ist im Vergleich zu den Vorjahren um rund drei Viertel eingebrochen. Ein Desaster für alle Beteiligten: Für den Verein, aber vor allem für die Kinder und Jugendlichen in den Hilfsprojekten in Ruanda und Uganda, die auf dauerhafte Hilfen angewiesen sind.

Daher ruft Aktion Tagwerk Schulen im gesamten Bundesgebiet dazu auf, sich an der Kampagne „Dein Tag für Afrika“ 2021 zu beteiligen. Ziel ist es, die Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche weiter zu fördern, Nothilfe zu ermöglichen – das Überleben der jungen Menschen in den Projekten muss in diesen schwierigen Zeiten so gut es geht gesichert werden. Der bundesweite Aktionstag findet am 15. Juni statt. Eine Teilnahme an einem selbst gewählten Ausweichtermin ist ebenfalls möglich. Ewald Dietrich, Vorstand von Aktion Tagwerk e.V., appelliert an alle Schulen: „Eine nachhaltige und langfristige Hilfe für Kinder und Jugendliche in unseren Projekten ist nur durch Ihre Unterstützung möglich! Jede Spende, je-

der Schulerlös und jede noch so kleine Klassenaktion helfen und eröffnen Lebensperspektiven.“

Das aktuelle Kampagnenmotto „Dein Einsatz zeigt Wirkung“ führt Schüler in Deutschland vor Augen, dass sie selbst etwas zur Verbesserung der Lebenssituation von Gleichaltrigen in afrikanischen Ländern beitragen können. „Jeder kann etwas tun. Es geht darum, Bildung für junge Menschen in Afrika zu ermöglichen und ihnen Chancen auf ein besseres und selbstständiges Leben

zu ermöglichen. Hierzu können Schüler*innen in Deutschland aktiv beitragen,“ so Dietrich.

Aktion Tagwerk hat im Jahr 2020 gemeinsam mit seinem Projektpartner Human Help Network nicht nur die zugesagten Projekte gefördert, sondern auch Corona-Nothilfe in Ruanda und Uganda geleistet. Der Verein unterstützte mit Lebensmittelpaketen mehr als 800 Kinder und Jugendliche, die in Ruanda in sogenannten Kinderfamilien im Geschwisterverbund ohne ihre Eltern aufwach-

sen. Dadurch wurde während des fünfmonatigen Lockdowns die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln sichergestellt und Hunger und Unterernährung entgegengewirkt. Auch Hygieneartikel und Stationen zum Händewaschen wurden von Aktion Tagwerk bereitgestellt. Zudem wurden für alle Kinderfamilien Radios angeschafft, mit denen sie den staatlichen Fernunterricht per Hörfunk empfangen konnten. So war Bildung auch während der Zeit der Schulschließungen möglich.

Seit Ende Dezember 2020 befindet sich Ruanda erneut im strengen Lockdown, und weitere Nothilfe ist gefragt. Alleine im ersten Halbjahr 2021 werden zur Sicherstellung der ausreichenden Ernährung der Kinderfamilien 22,5 Tonnen Lebensmittel benötigt, die aus Kampagnengeldern finanziert werden müssen. In Uganda ist die Situation ähnlich schwierig: Hier ist Nothilfe für 700 Schüler im Don Bosco Jugend- und Ausbildungszentrum in Kamuli erforderlich.

Wir helfen hier und jetzt.  Arbeiter-Samariter-Bund

Das **ASB-Seniorenzentrum in Budenheim** bietet 64 pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren in fünf kleinen Wohngruppen ein Zuhause. Das Leben in den Wohngemeinschaften stellt eine an der „Normalität“ orientierte Tages- und Alltagsgestaltung in den Vordergrund.

Wir suchen zum schnellstmöglichen Termin eine

Verwaltungs- und Rezeptionskraft (m/w/d)

in Teilzeit mit 25 % Stellenanteil (10 Std./Wo) oder als Minijob

Wir bieten:

- Teilzeitbeschäftigung Mittwoch und Donnerstag von 13.00 bis 17.00 Uhr
- Moderne technische Ausstattung
- Leistungsgerechte Vergütung
- Mitarbeiter-Bonusprogramm (z.B. TicketPlus Card)
- Interessante Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Angenehme Arbeitsatmosphäre in einem tollen Team
- 30 Tage Urlaubsanspruch im Jahr (angepasst auf die Teilzeitbeschäftigung)

Ihre Aufgaben:

- Allgemeine Verwaltungsaufgaben
- Telefondienst
- Beratung von SeniorInnen sowie Angehörigen
- Bearbeitung der elektronischen Bewohnerakte
- Erstellung der Heimverträge und anderer Unterlagen nach Vorlage
- Abwesenheitsvertretung der Kollegen und Kolleginnen

Ihr Profil:

- Bevorzugt Ausbildung zur Bürokauffrau / zum Bürokaufmann oder eine vergleichbare Ausbildung
- Idealerweise Berufserfahrung in einer stationären vergleichbaren Einrichtung
- EDV-Kenntnisse
- Freundliches Auftreten
- Einsatzbereitschaft sowie ein liebevoller und wertschätzender Umgang mit unseren BewohnerInnen

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!
Per Post, E-Mail oder ganz bequem über unser Onlineportal:
bewerbung@jobportal-asb.de

ASB-Seniorenzentrum Budenheim
Schulstraße 5
55257 Budenheim
Website: <https://www.asb-seniorenzentrum-budenheim.de/>

Nachruf

Rat und Verwaltung der Gemeinde Budenheim trauern um

Herrn
Willi Feser

der am 15. Februar 2021 im 85. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Willi Feser hat als Erster Beigeordneter und engagiertes Ratsmitglied kommunalpolitische Verantwortung in seiner Heimatgemeinde übernommen. Er konnte über mehr als drei Jahrzehnte wesentlich das Gemeindeleben mitgestalten.

Herr Feser hat sich um unsere Gemeinde sehr verdient gemacht.

Mit Dankbarkeit nehmen wir Abschied von dem Verstorbenen. Wir werden ihn stets in guter Erinnerung behalten.

Stephan Hinz
Bürgermeister

Die SPD nimmt Abschied von ihrem langjährigen Mitglied

Willi Feser

Sein sozialdemokratisches Engagement prägte für Jahrzehnte unsere politische Arbeit. Als Ortsvereinsvorstand und Mitglied des Gemeinderates setzte er sich stets für die Belange seiner Heimatgemeinde ein.

Im vergangenen Jahr konnten wir uns bei ihm für seine 60jährige Mitgliedschaft bedanken.

Sein Engagement für Budenheim wird uns allen im Gedächtnis bleiben.

Erfolgreich werben mit einer Anzeige in der Heimatzeitung Budenheim!

Unsere telefonische Anzeigenannahme erreichen Sie Mo. bis Do. bis 16 Uhr unter Telefon: 06722-9966-0

Kostenlose An-und Abfahrt

D Grün
KANALSERVICE

- KANAL- UND ROHRREINIGUNG
- TV KAMERA UNTERSUCHUNG MIT 3D PLAN
- KANALSANIERUNG
- BAGGERARBEITEN
- RÜCKSTAUSCHUTZ
- SAUGARBEITEN
- BAUTROCKNUNG
- 24 STUNDEN KANAL NOTDIENST



AM HOFGUT 7 TEL. 06136 - 76 301 77
55268 NIEDER-OLM FAX 06136 - 76 301 78

WWW.KANAL-GRUEN.DE INFO@KANAL-GRUEN.DE

FTT ALTOM
BAUDEKORATION

TROCKENBAU • PUTZARBEITEN • MALERARBEITEN
INNENBAUSBAU

JETZT ANGEBOT EINHOLEN

TAUNUSSTRASSE 8 • 55257 BUDENHEIM
01522 / 75 80 532 • altombau@gmail.com
facebook@ALTOMBau • instagram@altom_official



*Vielleicht bedeutet Liebe auch lernen,
jemanden gehen zu lassen,
wissen, wann es Abschied nehmen heißt.
Nicht zulassen, dass die Gefühle
dem im Weg stehen, was am Ende
wahrscheinlich besser ist für die, die wir lieben.*

Danke...

für eine stumme Umarmung, für das tröstende Wort, gesprochen oder geschrieben, für einen Händedruck, wenn Worte fehlten, für alle Zeichen der Liebe, Verbundenheit und Freundschaft.

Günter Bausch

† 24.1.2021

Unser besonderer Dank geht an Frau Dr. Elisabeth Syhr-Schmitt für die kompetente Betreuung und dein stets offenes Ohr, egal zu welchen Tages- und Nachtzeiten. Danke auch an Maniolas für die gute Pflege und die gute Zusammenarbeit. Ein großer Dank auch an Herrn Jürgen Wiesmann für die liebevolle Verabschiedung mit einer Rede, die uns allen in Erinnerung bleiben wird sowie an das Bestattungsinstitut Richter für die würdevolle Begleitung.

Silvia Hammerle und Familie

Budenheim, im Februar 2021



Herzlichen Dank

an alle, die sich in der Trauer mit uns verbunden fühlten und ihre Anteilnahme auf so vielfältige und liebevolle Weise zum Ausdruck brachten. Es ist sehr tröstlich in dieser schwierigen Zeit.

Besonderer Dank gilt Gemeindereferentin Frau Sans-Jakob für die einfühlsamen Worte bei der Trauerfeier sowie dem Bestattungsinstitut Richter für die würdevolle Begleitung.

Margret Berg

geb. Rosenbaum

★ 6.10.1935

† 29.1.2021

Familien Berg und Berg-Lauzi

Budenheim, im Februar 2021

Alkohol-Probleme?

*Tun Sie den
ersten Schritt!
Hilfe finden Sie
in einer Selbst-
hilfegruppe in
Ihrer Nähe!*

DIE-SUCHTHILFESTIFTUNG.COM
STIFTUNG HILFE ZUR SELBSTHILFE



NACHRUF

Wir nehmen Abschied von unserem Freund

Ricky

Gemeinsam haben wir mit dir so manche Zeit verbracht, gemeinsam haben wir mit dir geweint und auch gelacht. Wir danken dir für diese Stunden und bleiben stets mit dir verbunden.

Deine Freunde

Sven, Anja, Dennis, Annika, Marcel L.,
Steffi, Klaus, Ela, Marcel G.

Ihre Mitteilungen
für die Heimat-Zeitung Budenheim per E-Mail?
Hier unsere E-Mail-Adresse:
heimatzeitung@rheingau-echo.de



ESSEO STATION BUDENHEIM M. BAUER

- KFZ-Reparaturen
- HU+AU Prüfung
- Autorisierter 4Fleet Reifenpartner für Leasingfahrzeuge
- Reifen- und Klimageservice

SUPERWASCHANLAGE
Stark zum Schmutz-
sanft zum Lack

DUNLOP GOODYEAR PIRELLI

Binger Straße 74, 55257 Budenheim, Telefon: 0 61 39 - 290 9000

Elektrotechnik

H. Hefner GmbH

Clemensstraße 1, 55262 Heidesheim
Tel. 0 61 36 / 92 66 301
Mobil 01 71/44 53 356
Fax 0 61 36 / 92 65 904

★ Planung ★ Beratung ★
★ Installationstechnik ★ Kundendienst ★

Wir übernehmen im privaten und gewerblichen Bereich die

Haus- und Glasreinigung, Desinfektion sowie Gartenarbeit.

Telefon 0176/62946386

Haus gesucht!

Ehepaar sucht Haus zum Kauf ab 120 m² in ruhiger Lage mit Garten in Budenheim und Umgebung.

Telefon 0160/9082299

MEHRMARKEN CENTER

! Ständig 50 Jahreswagen auf Lager !



Jetzt bei uns

Eine Auswahl an neuen Modellen von CITROËN - jetzt bei uns !!!

Der neue CITROËN C3, CITROËN C4 und CITROËN Berlingo. Stylish und innovativ.

* Bilder sind Beispielfotos

Autohaus HÖPTNER GmbH
CITROËN PKW und Nutzfahrzeug Servicepartner
Fachbetrieb für Gasumrüstung
Reisemobilservice
Am Mombacher Kreisel
In der Dalheimer Wiese 17
55120 Mainz-Mombach
Tel. 06131 - 96 21 00 Fax 06131 - 9 62 10 20

WERKSTATT DES VERTRAUENS
Ausgewählt vom Autofahrer

TÜVRheinland®
Genau. Richtig. Täglich TÜV-Prüfung bei uns im Haus

14.3.2021
Budenheim wählt!
... und jetzt schon mit Briefwahl.

Unsere Spitzenkandidatin

ANNE SPIEGEL

VERANTWORTUNG, MUT UND LEIDENSCHAFT

ZWEITSTIMME GRÜN

gruene-rlp.de
gruene-budenheim.de

GRÜN MACHT ZUKUNFT

Info Info

Kaufe Pelze aller Art, Zinn, Silberbesteck, Armband- und Taschenuhren auch defekt, Münzen aller Art, Musikinstrumente, Kaffeeservice (Meissen), Wandteller, Holz- und Porzellanfiguren, Altgold, Modeschmuck und Bernstein aller Art. Zahle Bar und fair. Telefon 06145/3461386
Gesichtsmaske und 1,50 m Abstand.

Danke

Ich möchte mich bedanken für die Glück- und Segenswünsche, Blumen, Geschenke und Telefonate, die ich zu meinem **90. Geburtstag** bekommen habe.

Gisela Meller

Vergelt´s Gott



Eins, zwei, drei. Dabei!

Bitte unterstützen Sie unsere Hilfen für kranke, behinderte und vernachlässigte Kinder.

Online spenden unter www.spenden-bethel.de

Bethel

Suche Garten

in Budenheim zum Mieten, Pachten oder Kaufen.

Telefon 0179/5020180

Voll renoviertes 1 Zimmer-Appartement in Budenheim zu vermieten

31 m², EBK mit Elektrogeräten, Duschbad mit Waschmaschine, Hofmitbenutzung, 650,- € warm.

Kontakt: 01520/2179888

Wir kaufen Wohnmobile + Wohnwagen

Telefon 03944/36160
www.wm-aw.de (Fa.)

A-Z-Entrümpelungen

A-Z-Umzüge + Grundreinigung
A-Z-Renovierung + Badsanierung
A-Z-Rolläden + Dachfenster
A-Z-Maler + Schreiner + Glas
A-Z-Küchen + Möbel + Montage

Telefon 0160/7075866

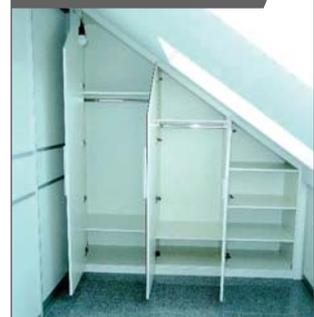
Privat-Chauffeur:

Flughafen-Transfer, Schüler, Kurier, Reisebus, LKW, 7 Tage, 24-h-Service

Telefon 0171/3311150

ZU GUTER LETZT

DESIGN • MÖBEL
FENSTER • TÜREN • SERVICE



Die optimale Nutzung Ihrer Dachschräge nach Maß.

Wir haben die Lösung!

KÖNIG HOLZWERKSTÄTTE
INH. AXEL+MARKUS KÖNIG OHG

Hechtenkaute 11 · 55257 Budenheim ☎ 06139/8338

www.holzwerkstaette-koenig.de